MOSES MENDELSSOHN ZENTRUM
Europäisch-Jüdische Studien
Universität Potsdam

Mitteilungen

der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle

Potsdam, Juni 2023, Ausgabe 11

Kommunalpolitische Schulung der AfD 2018 in Brandenburg.
Bildagentur Davids.

„DAS AMT VERSCHENKT“?

Die Kommunalpolitik der AfD als Herausforderung für die Demokratie

Einleitung

Die vorliegende Studie leistet einen empirischen Beitrag zur Frage, inwieweit sich die verstärkte Anwesenheit der rechtspopulistischen „Protestpartei“ AfD auf die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit, die Pluralität und die Arbeitsqualität der kommunalen Gremien in Brandenburg auswirkt.

Die kommunale Ebene bildet die lokale Basis zur Umsetzung von parlamentarischen Beschlüssen der Bundes- und Landesebene. Politische Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden, gestalten das unmittelbare Lebensumfeld mit, abgesichert durch das kommunale Selbstverwaltungsrecht und die Kommunalverfassung der Länder. Die Kommunen verfügen in diesem Rahmen über die „Organisations-, Personal-, Finanz-, Planungs- und Satzungshoheit“ und stehen aufgrund dieser Doppelrolle in einem „Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Legitimation und Effizienz“ (Bogumil/Holtkamp 2013: 8f). In den Aufgabenbereich einer Kommune fallen das Organisieren der „Infrastruktur für Arbeit und Freizeit“, das Schaffen von Bildungs- und Freizeitangeboten, das Gestalten des öffentlichen Raums und das Sichern der Kommunalen Daseinsvorsorge „vom Stromanschluss und sicheren Verkehrswegen bis hin zu Abwasser- und Müllentsorgung“ (Frank/Vandamme 2017).

Bei den Themen, die in einer Stadtverordnetensitzung oder einer Gemeindevertretung diskutiert werden, handelt es sich um ortsbezogene Anliegen aus der Nachbarschaft, wie die Sanierung oder den Bau von Schulen und Kitas, die Errichtung von Bushaltestellen und Fußgängerüberwegen oder auch um die Geldzuweisung an gemeinnützige Träger.

Kommunalpolitische Entscheidungen werden kontinuierlich von Bürger*innen in Umfragen als relevant eingeschätzt (vgl. Holtmann et al. 2017: 1f). Die als „Grundschule der Demokratie“ (ebd.: 12) geltende Kommunalpolitik der Gemeinde eröffnet Möglichkeiten der Mitwirkung in demokratischen Entscheidungsprozessen, welche das eigene Lebensumfeld betreffen. Dabei profitiert die Umsetzung der am Gemeinwohl orientierten kommunalen Anliegen vom Wissen der Menschen vor Ort und vergleichsweise kurzen Kommunikationswegen. Diese Nahbarkeit der kommunalen Politik prägt das Miteinander in den Gemeinden, insbesondere im Flächenland Brandenburg. Landesweit sind „vier Oberbürgermeister/-innen, 139 hauptamtliche und 274 ehrenamtliche Bürgermeister/-innen“ im Amt (BLPB 2020: 31). Für die Gremien kommunaler Selbstverwaltung werden „mehr als 6.000 Stadtverordnete und Gemeindevertreter/innen“, sowie Ortsvorstände und Ortsbeiräte direkt gewählt (ebd.: 34), um 14 Kreistage, 4 Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte, 413 Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen der kreisangehörigen Gemeinden und Städte zu besetzen. Sie leisten oft langjährig kleinteilige und präzise Arbeit, sind ansprechbar und müssen sich in verschiedene Themen und Satzungen einarbeiten. Das kommunale bürgerschaftliche Engagement bündelt sich zudem in Parteien, Wähler*innengruppen, Vereinen oder Bürgerinitiativen. Insgesamt sind in Brandenburgs Kommunen rund 843.000 Personen ehrenamtlich aktiv (BLPB 2020: 45).

In Brandenburg ist das kommunalpolitische Feld zumeist von langjährig aktiven, ortsbekannten Menschen und auf Konsens ausgerichteter überparteilicher Zusammenarbeit geprägt. Durch die gestiegene Anzahl der „lokalen Parteien und Gruppierungen“, zeichnet sich jedoch eine zunehmende Fragmentierung der Parteienlandschaft auf kommunaler Ebene ab, die demokratische Repräsentationslücken schließen, aber auch die Bündnisarbeit zunehmend erschweren könnte (Holtmann et al. 2017: 79f).

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:
Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Telefon: (0331) 28 09 40
moses@mmz.uni-potsdam.de
www.mmz-potsdam.de

Redaktion: Christoph Schulze

3. Auflage
Druck: Hinkelstein Berlin

ISSN: 2569-0906 (Print), 2944-0173 (Online)

Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative-Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert. Dies gilt nicht für Zitate sowie für Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden. Fotorechte verbleiben bei den Rechteinhaber:innen.

In den letzten zwei Kommunalwahlen ist zudem die Anzahl rechter Kommunalpolitiker*innen stetig gestiegen, und insbesondere die AfD ist flächendeckend in den kommunalen Gremien Brandenburgs vertreten.

Rechte Parteien in der Brandenburger Kommunalpolitik

Im Anschluss an die Erfahrungen mit Neonazismus und rechter und rassistischer Gewalt der 1990er Jahren hat sich in Brandenburg ein Erfahrungsschatz im Umgang mit Rechtsextremen in der Kommunalpolitik entwickelt. Lange waren entsprechende Kräfte kontinuierlich, aber nicht in relevanter Größe in den Gemeindevertretungen Brandenburgs aktiv. Die Wahlerfolge der AfD seit 2014 heben sich jedoch deutlich von denen anderer Rechtsparteien in Brandenburg ab.

Rechtsaußen-Parteien haben in Brandenburg seit 1990 „in sämtlichen landesweiten Wahlen“ Kandidat*innen aufgestellt (Botsch/Schulze 2021: 11). Westdeutsch geprägte rechte Kleinparteien konnten hier zum Teil sozialräumlich an vorhandene rechtsextreme und rassistische Potenziale anknüpfen, blieben jedoch bei den Wahlen „ohne jeden Einfluss“ oder erwiesen sich wie Die Republikaner „als unfähig, einen längerfristig funktionierenden Parteiapparat aufzubauen“ (Botsch/Schulze 2021: 14f). Erst die DVU zog 1999 und erneut 2004 ins Landesparlament ein und versuchte teilweise auch, in der Kommunalpolitik tätig zu werden, bevor sie im Zuge ihrer Auflösung in die NPD wieder von der Bildfläche verschwand (ebd.: 16). Bei den Kommunalwahlen 2008 kam die NPD auf 1,8 Prozent der Stimmen und erreichte mit 16 Mandaten den Einzug in 7 Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen (vgl. Vierkant 2021: 133). Ziel der kommunalen Politik der NPD war eine „Normalisierung der eigenen Inhalte und Positionen“ (ebd.: 134). Ab 2013 setzte die NPD vor allem auf asylfeindliche Kampagnen und holte 2014 bei den Kommunalwahlen 20 Mandate in Kreistagen und 29 Mandate in Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen (ebd.: 138f). Mit dem Aufstieg der AfD hat die NPD massiv an Stimmen und an politischer Bedeutung verloren.

Die gerade gegründete AfD zog 2014 sogleich in Fraktionsstärke in den Brandenburger Landtag ein. Bei den Kommunalwahlen im gleichen Jahr übertraf sie mit 3,9 Prozent Stimmanteil auf Landesebene die Wahlergebnisse der bisherigen rechten Kleinparteien (Lorenz/Träger 2021: 37). Zu den Wahlen hatte sie 200 Kandidat*innen aufgestellt.

Bei den Brandenburger Kommunalwahlen 2019 bewarb sich die AfD um 923 kommunale Mandate. Insgesamt 615 Personen kandidierten für die AfD, die zu diesem Zeitpunkt etwa 1600 Mitglieder zählte. Im Ergebnis erzielte sie 517 Mandate (Kopke/Lorenz-Milord 2021: 238). Während die AfD ihr Ergebnis mit 15,9 Prozent Stimmanteil bei den Kommunalwahlen mehr als verdreifachte, sackte die

NPD von 2,2 auf 0,6 Prozent in die Bedeutungslosigkeit ab (Lorenz/Träger 2021: 49).

Der AfD gelang auch in Brandenburg der Aufstieg über die Verbindung von rassistischen Ressentiments mit der Adressierung einer allgemeinen „Unzufriedenheit“ (vgl. Falkner/Kahrs 2019: 3). Im Landtagswahlkampf 2019 nutzte die AfD unter anderem Begriffe und Losungen aus dem Erinnerungsdiskurs zum Jahr 1989, wie „Wir sind das Volk!“ und verknüpfte diese mit rechten Zugehörigkeitspolitiken (vgl. Hauke 2022).

Der Rechtstrend der Bundes-AfD wurde maßgeblich durch ehemalige und aktuelle Brandenburger Landesvorsitzende wie Alexander Gauland, Andreas Kalbitz und Birgit Bessin unterstützt (vgl. Kopke/Lorenz 2014: 229). Sowohl in der Führungsspitze des Landesverbands als auch in den Regionalgliederungen der AfD Brandenburg sind zahlreiche Kontakte ins rechtsextreme Milieu sowie vorangegangene Aktivitäten in rechtsextremen Parteien nachgewiesen (ebd.: 226). Der Landesverband wird als rechtsextrem bewertet und seit 2020 vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall beobachtet (vgl. Kopke/Lorenz-Milord 2021: 217). Seit spätestens 2017 wird er von rechtsextrem ausgerichteten Personen dominiert. Der ehemalige Brandenburger Landesvorsitzende Andreas Kalbitz forcierte das Selbstverständnis des Landesverbands als „Bewegungspartei“, die an der Seite von rassistischen Protestinitiativen agiere (Botsch/Schulze 2021: 16). Dies zeigte sich insbesondere im „strategischen Schulterschluß“ mit den rechtsextremen „Zukunft-Heimat“-Demonstrationen in Cottbus (vgl. Minkenberg/Sündermann 2021: 262). In Brandenburg hat sich eine enge Kooperation zwischen Straßenprotesten und Parteipolitik der AfD herausgebildet (vgl. Schulze 2019). Auch im Zuge der Corona-Proteste trat die AfD Brandenburg als „einflussreichster Teil der Protestbewegung“ auf (Schulze 2022: 29).

Der Ausrichtung der AfD als Bewegungspartei steht gleichzeitig der Wunsch, „Volkspartei“ werden zu wollen gegenüber. Dieser Schritt soll über die Arbeit in den Kommunen gelingen. Die AfD-Abgeordneten Christoph Berndt und René Springer argumentieren in einem Gastbeitrag für die Online-Ausgabe der rechtsextremen Zeitschrift Sezession: *„In den Kommunen sind die Mauern für die AfD am niedrigsten. Hier zählt Glaubwürdigkeit, hier kann die AfD das Framing widerlegen und Vorurteile abbauen. Hier geht es um Sachfragen, hier hat die Politik das Gesicht des Nachbarn. Hier ist als Fundamentalopposition nichts, aber als Volkspartei viel zu gewinnen.“ (Berndt/Springer 2022)* Die auf praktische Sachfragen und konstruktive Zusammenarbeit ausgelegte Kommunalpolitik erscheint als geeigneter Raum für die angestrebte Normalisierung der AfD. In der lokalen Verankerung über kommunalpolitische Aktivitäten vermutet die AfD das Potenzial, sich als „Volkspartei“ zu etablieren. Berndt und Springer (2022) meinen, dass diejenigen Kandidat*innen die meisten Stimmen holen würden, die „lokal gut vernetzt und angesehen“ seien. Die AfD hätte „dort den größten Erfolg, wo sie mehr Volks- als Protestpartei ist.“ (ebd.)

Jenseits der eigenen Ansprüche und Motive der AfD, wird im Folgenden die Qualität des kommunalpolitischen Handelns der AfD entlang der bestehenden Parameter des Feldes untersucht. Die Selbstdarstellung der Rechtsaußen-Partei wird im Verhältnis ihrer konkreten kommunalpolitischen Praxis bemessen. Aufgrund des Aufstiegs der AfD, hat sich die Zusammensetzung in den Kommunalgremien Brandenburgs massiv verändert und die Kommunen sind mit Akteur*innen einer rechten Partei in einer neuen Größenordnung konfrontiert. Diese Veränderung erfordert eine Analyse erkennbarer politischer Strategien und Handlungsmuster der Rechtsaußen-Partei für den kommunalpolitischen Raum.

Forschungsdesign

Die vorliegende Studie untersucht die kommunalpolitische Praxis der AfD in Brandenburg in der Legislaturperiode 2014–2019 und in der ersten Hälfte der folgenden Legislatur zwischen 2019 bis zum Jahresende 2022. Die Aktivitäten der AfD in den kommunalpolitischen Gremien Brandenburgs wurden mit Verfahren der qualitativen Sozialforschung empirisch erhoben und ausgewertet.

Die Analysen basieren auf zehn leitfadengestützten semi-narrativen Expert*inneninterviews mit Kommunalpolitiker*innen aus insgesamt sieben verschiedenen Kommunalvertretungen (Gemeindevertretung, Stadtverodnetenversammlung und Kreistag). Hinzu kommt eine Auswertung von öffentlich zugänglichen Sitzungsprotokollen, Live-Mitschnitten der Stadtverordnetenversammlungen und Anträgen und Anfragen aus den jeweiligen Gremien. Den Datenkorpus ergänzen zwei teilnehmende Beobachtungen in Ratssitzungen, Presseberichte lokaler Tageszeitungen zur Kommunalpolitik sowie ausgewählter Quellen aus der Partei selbst. Das Material wurde entlang der Prämissen der Grounded Theorie (Charmaz 2014) codiert und ausgewertet, um aus dem empirischen Material praxisbasierte theoretische Aussagen zu den kommunalpolitischen Aktivitäten der AfD zu entwickeln. Die Fallauswahl der analysierten Gremien basiert auf einem theoretischen Sample mit Variation in Bezug auf Größe, Berlin-Nähe, regionale Vielfalt der Landkreise und politischen Kräfteverhältnissen in den Gremien vor Ort. Um eine Multiperspektivität der Einschätzungen abzusichern, wurde zudem auf Geschlechterparität und auf eine Streuung in der Parteizugehörigkeit bei der Auswahl der Interviewpartner*innen geachtet. Es wurden je zwei Vertreter*innen von CDU, SPD, den Grünen, der Linken und von freien Wähler*innengruppen in unterschiedlichen Konstellationen befragt.

Basierend auf den Einschätzungen und der Wahrnehmung von Akteur*innen in den kommunalpolitischen Gremien wurden analytisch Handlungsmuster und Aussagen

zur Qualität der kommunalpolitischen Aktivität der Brandenburger AfD-Fraktionen herausgearbeitet. Durch die parteipolitische Streuung wird einem möglichen Bias der parteipolitischen Konkurrenz entgegengewirkt. Verzerrungen im Sample könnten sich daraus ergeben, dass ausschließlich Abgeordnete zu einem Interview bereit waren, die selbst eine Zusammenarbeit mit der AfD ablehnen. Die Perspektive der AfD wird anhand von Aussagen in Selbstpublikationen, der Presse, Webseiten und Social-Media-Posts untersucht. Von Interviews mit AfD-Abgeordneten wurde abgesehen, da, aufgrund der eigenen Befangenheit, durch eine Befragung keine oder nur geringfügige weiterführende Erkenntnisse zu erwarten waren.

Fragestellung

Die vorliegende Studie untersucht die demokratische Praxis in den Gemeindevertretungen in Brandenburg infolge der veränderten Zusammensetzung der Gremien durch die Mandatsgewinne der AfD seit den Kommunalwahlen 2019.

Das Ziel der Studie ist, eine Einschätzung über die Auswirkungen der Anwesenheit der AfD auf die Qualität der Kommunalpolitik in Brandenburg zu gewinnen. Wie wirkt sich die Kommunalpolitik der AfD auf die Demokratie vor Ort aus? Wie wird sie von den demokratischen Kommunalpolitiker*innen wahrgenommen und erlebt? Anhand des empirischen Materials wird das Auftreten der AfD in den Gremien untersucht. Dabei wird herausgearbeitet, inwiefern es der AfD gelingt, kommunalpolitisch relevante Themen auf die Agenda zu setzen und zur Lösungsfindung kommunaler Themen beizutragen. Übergeordnet lassen sich anhand der Studie Aussagen dazu treffen, inwieweit die Präsenz der AfD in der Kommunalpolitik in Brandenburg soziologische und/oder politisch-kulturelle Repräsentationslücken zu schließen vermag.

Forschungsstand

Kommunalpolitische Praxis der AfD

Die Partei hat seit 2013 mehrere Wandlungsprozesse durchlaufen. Die den Austritten und Spaltungen oftmals zugrundeliegenden unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen wirken dennoch weiterhin im Sammelbecken des Rechtspopulismus zusammen (vgl. Decker 2016: 10). Mit den Erfolgen der ostdeutschen Verbände und der rechtsextremen Kräfte in der Partei setzte sich in einigen Verbänden das Verständnis durch, „Bewegungspartei“ zu sein. Die AfD bietet das „Dach für einen rechten Kulturkampf, in dem die Forderung nach Erhalt von sogenannter nationaler Identität verknüpft wird mit der Abwehr von Frauen- und Minderheitenrechten sowie von Solidarität mit Flüchtlingen und mit verschuldeten Staaten in (Süd-)Europa.“ (Häusler 2016: 241). Empirische Untersuchungen der eventuellen Erweiterung des politischen Handlungsfeldes des rechten Kulturkampfes auf die parlamentarische Ebene seien dementsprechend notwendig (vgl. ebd.: 244).

Wissenschaftliche Studien zur parlamentarischen Praxis der AfD liegen vor allem in Bezug auf das Landes- und bundespolitische Wirken der Partei vor. In den bisherigen Untersuchungen der parlamentarischen AfD-Aktivitäten, werden vor allem die fehlenden politischen Erfahrungen betont. Peter Rütters stellte 2017 einen „Mangel an langfristig erworbenen politischen Grunderfahrungen“ auf Landesebene fest (Rütters 2017: 23), der sich auf die Parlamentsfähigkeit der AfD auswirke. Lediglich ein Drittel der AfD-Landtagsabgeordneten habe Vorerfahrungen in der parlamentarischen Praxis mitgebracht. Nur 4 von 110 Abgeordneten hatten in der Kommunalpolitik bei anderen Parteien und 32 Abgeordnete bei der AfD zeitlich geringe Vorerfahrungen sammeln können (vgl. ebd.: 17). Ein kompensierendes „training on the job“ schloß Rütters aufgrund dieser erheblichen Defizite aus (ebd.: 23). Die Fraktionen böten nicht „den institutionellen Rahmen für parlamentarische Lernfähigkeit“, was auch an den Austritten sichtbar würde (vgl. ebd.: 24).

Auch in den Kommunalvertretungen zeigte sich zunächst eine Such- und Einarbeitungsphase der AfD-Fraktionen, die schnell von einer Radikalisierung begleitet wurde. In einer Untersuchung niedersächsischer Kommunalvertretungen kommen Hafeneger et al. zu dem Schluss, dass die AfD bevorzugt zu Themen Stellung nimmt, die zu ihrem parteipolitischen “Markenkern“ passen und sich auf „Integration/Asyl/Flucht/Flüchtlinge, Innere Sicherheit/Kriminalität, politischen Extremismus, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie auf Themen aus der Kinder-, Jugend-, Familien-, Frauen- oder Bildungspolitik und auf die ‚linke Zivilgesellschaft‘ bzw. den Linksextremismus“ beziehen (vgl. Hafeneger et al. 2018: 147f). Dabei treten sie in den Gremien von „ganz normal“ bis „aggressiv“ auf und nutzen die Debatten für ihre Öffentlichkeitsarbeit (ebd. 138). Für Sachsen wird die „politische Polarisierung“ als Kernstrategie der AfD in Kommunalgremien beschrieben, mit der sie sich als „Anwalt der kleinen Leute“ gegen die etablierten Parteien inszeniere (vgl. Gorskih/Hanneforth/Nattke 2016: 21). Der Erfolg der Partei speise sich nicht aus ihrer „Lösungskompetenz“: Vielmehr würde die Partei Gewinne aus der „Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie“ ziehen (ebd.: 17). In Sachsen traten die AfD-Fraktionen 2016 geschlossen auf und nutzten vor allem das Mittel der aktuellen Stunde für Redebeiträge. Anträge und Anfragen wurden verhältnismäßig wenig eingebracht (vgl. ebd.: 9f).

Generell gilt aber: Empirische Untersuchungen zur AfD auf kommunaler Ebene sind bisher nur in begrenztem Umfang durchgeführt worden (vgl. Gorskih/Hanneforth/Nattke 2016, Hafeneger et al. 2018; Botsch/Schulze 2019;

Domann/Nuissel 2022). Anhand von Aussagen und Auftreten der Kandidat*innen, sowie entlang der Programmatik der AfD wird die rechtsextreme Ausrichtung des Brandenburger Landesverbandes nachgewiesen (Botsch/Schulze 2019). Die antipluralistische und demokratiefeindliche Ausrichtung der Partei sowie ihre Rolle als fundamentaloppositionelle und blockierende Kraft würde konstruktiven Problemlösungen im kommunalen Raum entgegenstehen (vgl. ebd: 14). Die Umsetzung des Anspruchs, über die kommunale Ebene zu einer „Volkspartei" zu werden und Repräsentationslücken zu schließen, konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Bei der Wahl 2019 mobilisierte die AfD in besonderem Maße Stimmen von Nichtwähler*innen (vgl. Träger/Lorenz 2021: 38, Falkner/Kahrs 2019: 13) Wie Schulze und Botsch (2019) herausarbeiten, korrespondieren in Brandenburg zwar die Chancen der AfD mit den „Versäumnissen demokratischer Politik. Dies sei jedoch nicht mit Lösungen dieser Problemlagen verknüpft (vgl. ebd.: 14). Auch wenn es der Partei gelinge, „einige unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen zu politischem Engagement zu bewegen", so kann nicht von einem verschiedene Gruppen umfassenden Schließen einer Repräsentationslücke gesprochen werden (vgl. ebd.: 14). In Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und die Vertretung von gesellschaftlichen Minderheiten ist durch die demokratiefeindliche und anti-pluralistische Ausrichtung der AfD sogar eher ein Rückwärtstrend zu erwarten (vgl. ebd.).

Die reaktionären Ansätze der AfD können sich unter bestimmten Umständen dennoch mit eher konservativ ausgeprägten Einstellungen in kleineren Städten und auf dem Land verbinden. Domann und Nuissel (2022) zeichnen nach, wie die AfD auf kommunaler Ebene auch in Brandenburg Gelegenheitsstrukturen nutzt. Dazu untersuchen sie die „grundlegenden Prinzipien konkordanter Arrangements" kleinerer Gemeinden (vgl. ebd.: 101).

Kommunalpolitik in Brandenburg

Die brandenburgische Kommunalpolitik bringt historisch und demographisch spezifische Herausforderungen mit sich. Schwierigkeiten mit den zur Verfügung stehenden Finanzen zeigen sich unter anderem in massiven Unterschieden in den Finanzhaushalten zwischen Berlin-nahen und metropolenfernen Regionen (vgl. Kost/Wehling 2010: 116). Regionale Spezifika etwa in der strukturschwachen Lausitz oder die Nähe zur deutsch-polnischen Grenze beeinflussen das Wahlverhalten. Rechte Parteien konnten bislang eher im Osten und Süden Brandenburgs in Landkreisen, die wenig bis keine gemeinsame Grenze mit Berlin oder Potsdam haben, auf eine größere Wähler*innenschaft zurückgreifen (Lorenz/Träger 2021: 43f). Das volatile Wahlverhalten der Mehrheit der Brandenburger*innen sei ein Umstand, der demokratische Repräsentationslücken verstärke (vgl. ebd.: 47).

Die kommunalpolitische Praxis in Brandenburg ist von einer konkordanzdemokratischen Kommunalverfassung geprägt (vgl. Domann/Nuissel 2022: 207). Die eher konsensorientierten Entscheidungsmuster werden in der Forschung vor allem in ostdeutschen Ländern ausgemacht (Holtkamp/Bogumil 2016: 12). Dies spiegelt sich in der Fülle von freien Wähler*innengruppen, die in Brandenburg in den kommunalen Gremien vertreten sind.

Der Wegfall der Fünfprozenthürde bei den Kommunalwahlen nach 2008 habe vor allem parteifreien und rechtspopulistischen Gruppen die Tür geöffnet (vgl. Holtmann et al. 2017: 81) und insbesondere in Ostdeutschland den Grad der Zersplitterung in den Gemeinderäten noch erhöht (vgl. ebd.: 79). Diese Fragmentierung finde vor dem Hintergrund verstärkter Verteilungskämpfe um Finanzen statt und gehe mit der Repräsentationskrise und einer Polarisierung schichtbezogener Interessenpolitik einher (vgl. ebd.: 84).

Es zeichnet sich demnach eine erhöhte Angespanntheit auf kommunaler Ebene ab, die sich durch die Anwesenheit fundamentaloppositioneller Kräfte wie der AfD noch verstärken könnte. Eine Erhebung vom Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (Klewes et al. 2022) zeigt zudem eine deutliche Zunahme von Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen gegen Kommunalpolitiker*innen. Mehr als jede dritte „Amts- oder Mandatsperson" berichtete über persönlich erlebte Angriffe im Untersuchungszeitraum zwischen 2014 bis Mitte 2021. Insbesondere Frauen werden „häufiger" und „in anderer Qualität" angegriffen (ebd.: 11f). Gleichzeitig sind diese in kommunalen Vertretungen massiv unterrepräsentiert (vgl. Obinger/Bonk 2022).

Anspruch der AfD an ihre Kommunalpolitik

Die hohe Bedeutung der Kommunalpolitik für die AfD wird im Folgenden anhand von Aussagen von AfD-Politiker*innen verdeutlicht.

Kommunalpolitische Weiterbildung

Einige Brandenburger AfD-Abgeordnete haben bereits Erfahrungen in kommunalpolitischer Arbeit aus anderen Parteien. Vielen Gremienvertreter*innen fehlt jedoch solch ein Vorwissen. Um fehlende Kenntnisse auszugleichen, führte der AfD-Abgeordnete Daniel Freiherr von Lützow 2018 einmalig kommunalpolitische Schulungen im Kreisverband Spree-Neiße, in Blankenfelde-Mahlow und im Kreis Teltow-Fläming durch. In der Schulung in Spree-Neiße erklärte Lützow die Wichtigkeit eines guten Verhältnisses zu den anderen Parteien auf kommunaler Ebene. Er empfahl – so

Bericht der AfD zur eigenen kommunalpolitischen Arbeit in Brandenburg an der Havel 2021.
Screenshot

berichtete der „Tagesspiegel“ -, das „Flüchtlingsthema“ auf kommunaler Ebene strategisch als Nebensache zu verhandeln und sich auf die „Sachpolitik“ zu konzentrieren. In der Schulung referierte Lützow zu Funktionen, Ämtern und Einflussmöglichkeiten in der Kommune und betonte, Kommunalpolitik sei „reine Fleißarbeit“ (Lehmann 2018).

Zur „Aus- und Weiterbildung, Schulung und Beratung kommunaler Mandatsträger“ soll der AfD-nahe Kommunalpolitische Heimatverein Brandenburg e.V. dienen (KVH 2023). Auf der Webseite des KHV lassen sich jedoch nur sporadische Tätigkeiten nachvollziehen. In einem Podcast auf der Webseite erklärt der Potsdamer AfD-Abgeordnete Chaled-Uwe Said, dass eine Zusammenarbeit der AfD mit den anderen Parteien vor Ort angestrebt werde. Er beklagt jedoch die noch ausbleibende Normalität dieser Zusammenarbeit, da die anderen Parteien weiterhin AfD-Anträge mehrheitlich ablehnen würden. Selbst als die AfD-Fraktion einen CDU-Antrag erneut stellte, habe die CDU dagegen gestimmt. Wichtig findet Said in Bezug auf gestellte Anträge vor allem die Öffentlichkeitsarbeit, um sich „gut verkaufen“ zu können. Als ein Antrag von „Ultralinken“ mithilfe der AfD-Stimmen eine Mehrheit fand, hätte die AfD-Fraktion dies direkt per Facebook „vermarktet“ und positive Resonanz bekommen. Ähnlich wie Lützow betont auch Said die Notwendigkeit, sich über das „Migrationsthema“ hinaus auch in andere Themenfelder wie Klima, Verkehr oder dem Wiederaufbau der Garnisonkirche einzubringen (Filter 2023). In dem Podcast wird wenig konkret über Anträge und Beiträge der AfD-Fraktion gesprochen. Weitere Posts sind auf der Webseite des KHV bisher nicht zu finden. Der Verein scheint insgesamt wenig aktiv zu sein. Im März 2023 wurde von einer AfD-Aktivistin die Gründung einer neuen Institution mit gleicher Zielrichtung verkündet, die den Namen „Kommunalpolitische Bildungsvereinigung Brandenburg“ (KoBB)“ trage (Leisten 2023).

Dem KHV und der AfD-nahen Erasmus Stiftung in Brandenburg wurde vom Brandenburger Innenministerium aufgrund „gravierender Missstände bei der Verwendung der Mittel“ in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 die Förderungen für die beantragte politische Bildungsarbeit 2018 versagt. Das Innenministerium zweifelte in einem Bericht zur Erasmus-Stiftung aufgrund der vielen „Mängel in der Buchführung“ an der „Sachkunde und der finanziellen Zuverlässigkeit“ (Metzner, Thorsten 2019). In beiden Organisationen hat der ehemalige Landtagsabgeordnete und heutige Fraktionsvorsitzende der AfD in Falkensee, Rainer van Raemdonck, den Vorsitz. Generalsekretär des KHV ist der Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Dahme-Spreewald, Benjamin Filter, der auch Mitarbeiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré ist und einer Studentenverbindung aus dem rechtsextremen Dachverband der „Deutschen Burschenschaft“ angehört (Botsch/Schulze 2019: 8).

Zusammenfassend lassen sich die Versuche der Qualifizierungsarbeit der AfD für die Kommunalpolitik als nicht besonders ausgeprägt, vereinzelt und wenig stringent beschreiben. René Springer, Christoph Berndt und Steffen Kubitzki beklagen in einer Online-Broschüre die fehlende Erfahrung und die mangelhafte Vernetzung der kommunalen AfD-Fraktionen: „Noch immer hat die AfD im Land Brandenburg keine voll arbeitsfähige kommunalpolitische Vereinigung, die einen wesentlichen Beitrag zur Professionalisierung der kommunalen Mandatsträger leisten könnte“ (Springer et al. 2022).

Szene bei einem Bürgerdialog der AfD in der Prignitz 2018.
Screenshot

Aufstieg in Ostdeutschland

Die ostdeutschen AfD-Verbände sehen sich angesichts ihrer hohen Wahlergebnisse in den letzten Kommunalwahlen als Avantgarde der Partei. Der Thüringer Landesparteichef und Wortführer der Rechtsextremen in der AfD Björn Höcke betonte bereits 2018 die Wichtigkeit der kommunalen Ebene für eine anvisierte Machtübernahme der AfD. Wo man „gute Leute" habe, müsse man „in die Landratsämter, in die Kreistage, in die Stadträte" und „Bürgermeister stellen". Höcke forderte, die Aktivist*innen der AfD müssten „überall rein"; in lokale Vereine, wie Schützenvereine und Kirmesgesellschaften, um sich „die bürgerliche Gesellschaft zurückholen" (Höcke 2018).

Der rechtsextrem auftretende Vorsitzende des Cottbuser AfD-Kreisverbands, Jean-Pascal Hohm, spricht in einem Podcast des rechtsextremen Magazins „Konflikt" über die Schlüsselrolle der lokalen Politik für den Aufstieg der AfD: „Wir wollen im Osten die Machtfrage stellen und hier Regierungsverantwortung übernehmen." Er sieht die Möglichkeit, bei den „Ostwahlen" 2024 in Brandenburg und Sachsen[1] die Macht zu übernehmen, wenn sich die AfD überzeugend als eine „sozialpatriotisch" ausgerichtete Partei präsentiere. Nach Hohm, dem ehemaligen Vorsitzenden der Jungen Alternative,[2] könnten ostdeutsche Städte durch einen Einwanderungsstopp „blühende patriotische Vorbilder" werden und darüber der AfD auch im Westen zu besseren Wahlergebnissen verhelfen. Wenn der Osten „blau" sein sollte, sei das Ziel nach Hohm eine Sperrminorität im Bundesrat herzustellen um eine „sanfte Sezession" einzuleiten (Konflikt Podcast 22.04.2021).

Zusammenarbeit mit anderen Parteien

Der rechtsextreme AfD-Funktionär Hannes Gnauck, der mittlerweile Bundesvorsitzender der Jungen Alternative und Bundestagsabgeordneter ist, beschrieb 2019 das in seiner uckermärkischen Heimat die AfD „Verständnis für die Probleme Nöte und Sorgen der Bürger in der Region" aufbringe und kommunalpolitisch sinnvolle Anträge anderer Parteien nicht ablehnen würde (vgl. Gnauck 2019). In solchen Aussagen wird sichtbar, dass die Zusammenarbeit mit anderen Parteien auf kommunaler Ebene angestrebt wird. Auch der politisch anders positionierte ehemalige AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen erklärte 2019 die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien auf kommunaler Ebene zum Weg, um die ablehnende Haltung gegenüber der AfD zu durchlöchern, um dann in Regierungsverantwortung zu kommen (vgl. Coenen 2019). Während sich im Umgang mit der NPD und der DVU in vielen Brandenburger Kommunalgremien eine Politik der Distanzierung etablierte, zeigt sich eine ablehnende Haltung im Umgang mit der AfD trotz der rechtsextremen Ausrichtung für viele ihrer Kommunalpolitiker*innen als Herausforderung. Fälle der Zusammenarbeit anderer Parteien mit der AfD häuften sich insbesondere seit 2019. Christoph Berndt und René Springer (2022) nennen die Zusammenarbeit der AfD mit der LINKEN im brandenburgischen Forst als nachahmenswertes Modell: „Wenn die Brandenburger AfD irgendwo die Züge einer Volkspartei hat, dann in Forst." Der ehemalige Forster Linken-Fraktionschef berichtete gegenüber der Presse von der Schwierigkeit, kommunal eine „pauschale Abgrenzung nach rechts" vorzunehmen (Fröhlich 2020). Aufgrund einer gemeinsamen Pressekonferenz von Linken mit der AfD wurden Parteiausschlussverfahren gegen Forster Linken-Stadtverordnete eingeleitet. Insbesondere häufen sich die Fälle der Zusammenarbeit zwischen AfD und freien Wähler*innengruppen, sowie zwischen AfD und CDU. In Bestensee stellte die AfD einen gemeinsamen Antrag mit der CDU und der freien Wähler*innengruppe UBBP zur Ansiedlung einer Montessori-Schule (vgl. Müller 2020: 15) und konnte mit den Stimmen dieser Fraktionen einen Antrag zur Abschaffung von gendergerechter Sprache in der Geschäftsordnung durchsetzen. Dieses Beispiel wurde von Stephan Brandner, dem stellvertretenden Bundessprecher der AfD, als Beispiel guter Kommunalpolitik gelobt (vgl. Müller 2021). Ein ehemaliger Gemeindevertreter bezeichnete die Entscheidung hingegen als Zeichen des Rückschritts im Ort (ebd.). In Velten hat die CDU gemeinsam mit der AfD und der NPD einem Antrag von „Pro Velten" gegen einen S-Bahn-Anschluss der Stadt zugestimmt (vgl. Hackenbruch 2020). In Trebbin stellten CDU, SPD, Unabhängige Freie Wähler und AfD einen gemeinsamen Antrag im Stadtparlament gegen die Benennung des Feuerwehrgerätehauses nach einem Opfer rechter Gewalt (vgl. Hausding 2020). Die Möglichkeit für die AfD, die Abgrenzung der demokratischen Parteien nach rechts auf der kommunalen Ebene zu perforieren, lässt sich an solchen Beispielen ablesen. Keineswegs aber repräsentieren solche Fälle den Status quo.

In den für die vorliegende Studie geführten Interviews wird in zwei von fünf Fällen über eine Zusammenarbeit der CDU oder von freien Wähler*innengruppen mit der AfD in der Gemeindevertretung berichtet. In den drei weiteren Fällen, sowie auf der höheren Ebene des Kreistags gab es solche Beispiele nicht.

In den beiden Fällen, auf denen auf Gemeindeebene die CDU mit der AfD kooperiert, wird allerdings davon berichtet, dass diese Zusammenarbeit bereits routiniert wirke. Es gebe da „überhaupt keine Berührungsängste". Die meisten CDU-Abgeordneten fänden, „dass es okay ist, mit der AfD zusammen zu arbeiten" (Interview ID_1 SPD,

[1] Das Bundesland Thüringen, in dem 2024 ebenfalls Landtagswahlen anstehen, wobei der AfD gute Chancen attestiert werden, zur stärksten Kraft zu werden, erwähnt Hohm nicht.

[2] Zur engen Zusammenarbeit der AfD Brandenburg mit der Jungen Alternative, die von rechtsextrem ausgerichteten Kräften dominiert wird, vgl. Schulze/Lorenz 2017.

Pos. 214). Eine Interviewpartnerin berichtet von einer übergreifenden Zusammenarbeit der CDU und den freien Wähler*innengruppen mit der AfD (Interview ID_3 LINKE, Pos. 123–127).

In einem weiteren Fall berichtet die Interviewpartnerin, dass zwar keine Fraktion gemeinsame Anträge mit der AfD stelle, es aber dennoch „Sympathisanten“ und soziale Nähe gebe. Einzelne Abgeordnete aus der SPD und von den Freien Wählern würden „in der Pause mit der AfD-Fraktion zusammenstehen und sich unterhalten“ oder beim Vorbeigehen, „auch mal wem auf die Schulter klopfen“ (Interview ID_8 Grüne, Pos. 26–28). Alle Interviewpartner*innen lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD ab.

Austritte und Spaltungen der AfD-Fraktionen

Die brandenburgische AfD zeigt sich auch auf der Ebene der Kommunalpolitik als kontinuierlich instabil und von inneren Zerwürfnissen geprägt. Diesen Zustand beklagten 2022 die AfD-Funktionäre Christoph Berndt und René Springer öffentlich: *„Von der Prignitz bis nach Cottbus haben sich Kreistags- und Kommunalfraktionen zerstritten und gespalten. Oftmals fehlt es ihnen an moralischer und fachlicher Unterstützung, und manches mal auch an Verantwortungsbewußtsein.“ (Berndt/Springer 2022)*

Eine Erhebung der kommunalen Mandate zum Stichtag 31.12.2021[3] illustriert die Unruhe innerhalb der Brandenburger AfD. 568 Mandate errang die AfD bei den Kommunalwahlen 2019. 108 dieser Mandate – also etwa ein Fünftel – waren zum Stichtag nicht mehr wie am Beginn der Legislatur besetzt.

Auch in anderen Parteien kommen Verschiebungen und Mandatsverluste vor. Doch dürfte die Quote der AfD ungewöhnlich hoch liegen. Für 44 Fälle – also eine ebenfalls sehr hohe Zahl – sind öffentliche Begründungen und Distanzierungen von ehemaligen Brandenburger AfD-Mandatsträger*innen dokumentiert. Im Folgenden werden einige dieser Fälle betrachtet, die presseöffentlich wurden. Bekannt wurden sowohl Austritte von Einzelpersonen als auch Spaltungen oder gar Auflösungen von Fraktionen.

In den Kreistagen Barnim und Dahme-Spreewald spalteten sich die AfD-Fraktionen in je zwei Lager auf. Im Barnim warfen sich die beiden AfD-Fraktionen vor, „Portemonnaie-Patrioten“ oder „für parlamentarische Arbeit ungeeignet“ zu sein (Barnstorf 2019). Durch die Spaltung ist die AfD im Barnim von der drittstärksten Fraktion zur „sechst- beziehungsweise achtstärksten Kraft“ geworden und verlor Posten in Ausschussspitzen (ebd.). Der ehemalige AfD-Fraktionschef Marcel Donsch, gegen den zeitweilig ein Parteiausschlussverfahren aufgrund seiner Nähe zu rechtsextremen Organisationen geführt wurde, gründete eine eigene Fraktion unter dem Namen „AfD – Der Flügel“, die schließlich in „AfD – Die Konservativen“ umbenannt wurde. Fünf Mitglieder dieser Fraktion traten im März 2022 aus der AfD aus, behielten jedoch ihre Mandate (Ernst 2022).

Im Kreistag Dahme-Spreewald ringen zwei Fraktionen darum, wer den Parteinamen führen darf. Der Streit betrifft Vorwürfe der „Manipulation“ an einem Protokoll zur Aufnahme in die Fraktion des aktuellen Vorsitzenden Jan Schenk, eine Klage des ehemaligen AfD-Abgeordneten Rainer Schamberger gegen die Ex-Fraktionsvizevorsitzende Sylvia Bothe, sowie den Vorwurf einer „unsauber“ durchgeführten Wahl des derzeitigen Kreisvorsitzenden Benjamin Filter (Soos 2022). Filter, Bothe und zwei weitere AfD-Abgeordnete waren aufgrund eines Skandals um Rainer Schamberger aus der Fraktion ausgetreten und gründeten eine neue AfD-Fraktion. Schamberger habe „unter falscher ukrainischer Identität Führungen in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen“ abgehalten (ebd.). Die neue AfD-Fraktion hatte dann Unterstützung durch den Landesverband ersucht. Drei der vier Mitglieder der ursprünglichen Fraktion um Martin Kronacher sind aus der Partei ausgetreten.

In Oder-Spree traten drei AfD-Mitglieder aus. Einer der Abgeordneten – Axel Fachtan – begründete seinen Austritt mit der wirtschaftspolitischen Inkompetenz, die er bei Landesvertreter*innen der AfD ausmacht (Eggers 2022). In Neuruppin löste sich die AfD-Fraktion im Stadtparlament nach dem Austritt des Abgeordneten Georg Kamrath auf. Er gab gegenüber den regionalen Medien zur Begründung an, über den ehemaligen AfD-Bürgermeisterkandidaten Klaus Baumdick verärgert gewesen zu sein (Vogel 2020a). Dieser hatte trotz Zutrittsverbot während der Corona-Pandemie das Neuruppiner Krankenhausgelände betreten, um ein Video gegen die Corona-Maßnahmen zu drehen und dieses ins Internet gestellt (Vogel 2020). Auch die AfD-Fraktionen in Luckenwalde und in Ludwigsfelde lösten sich nach Austritten auf (vgl. Wenke 2022, Abromeit 2020). Die Ausgetretenen gründeten in beiden Fällen neue parteiunabhängige Fraktionen.

In den Darstellungen der Tageszeitungen werden als Austrittsgründe zumeist entweder persönliche Entscheidungen oder das Auftreten von Parteikollegen angegeben. Diese sind jedoch eingebettet in übergreifende strukturelle Zusammenhänge, wie sich in der Analyse der jeweiligen Fälle zeigt.

In Übereinstimmung mit der Erhebung der Kommunalmandate wurde auch in den für die vorliegende Studie geführten Interviews für alle betreffenden Städte und Gemeinden von Austritten und Spaltungen der lokalen AfD-Fraktionen berichtet.

[3] Ich danke Tilo Giesbers für die Zusammenstellung der Daten.

Hier zeigt sich, dass die Konflikte um Unterschiede in der fachlichen Kompetenz und im Auftreten der AfD-Abgeordneten, in einigen Fällen jedoch auch mit der ideologischen Ausrichtung und parteipolitischen Kontakten zum Landesverband verknüpft sind. So beschreibt eine Interviewpartnerin, dass die AfD-Fraktion in ihrem Gremium aus zwei Gruppen bestünde, zwischen denen es einen „meilenweiten Unterscheid“ im „Grad der Professionalisierung“ gäbe. (Interview ID_3 LINKE, Pos. 169). So stünden „ältere konservative Herren vom Dorf, die gerne auch Anträge handschriftlich einreichen und die sich nicht auskennen, wer wofür überhaupt zuständig ist“, einer Gruppe gut organisierter Rechtsextremer gegenüber, die parteipolitisch gut organisiert und „eng vernetzt“ seien (Interview ID_3 LINKE, Pos. 35), sich in Haushaltssatzungen auskennen und „überall Sachen rauskopieren können und einbringen“ würden (Interview ID_3 LINKE, Pos. 169).

Die Differenzen beschränken sich jedoch nicht nur auf ideologisierte Rechtsextreme und konservative „Wutbürger“. Ein Interviewpartner beschreibt, dass die AfD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung seines Ortes ein „relativ zusammengewürfelter Haufen“ sei (Interview ID_1 SPD, Pos. 25). Er berichtet ferner von einer Ärztin, die nach seiner Einschätzung „vollkommen unbedarft“ war und sich nicht bewusst darüber gewesen sei, „auf was sie sich einlässt“. Als Begründung für ihre Kandidatur hatte sie angegeben, nach vielen Jahren der Arbeit „mal was Soziales machen“ zu wollen. Sie sei schon nach kurzer Zeit aus der AfD-Fraktion ausgetreten (Interview ID_1 SPD, Pos. 35). Ein weiterer Abgeordneter sei in der eurokritischen Frühphase in die AfD eingetreten und hatte schließlich aufgrund der rechtsextremen Social-Media-Posts eines Fraktionskollegen die Partei verlassen. Schließlich haben zwei weitere AfD-Abgeordnete die Fraktion verlassen, „weil sie diese rechtsextremen Meinungen in der Fraktion nicht mehr ertragen konnten“ (Interview ID_1 SPD, Pos. 59).

Neben inhaltlichen Differenzen hätten sich die Ausgestiegenen vor allem an der Art des Auftretens ihrer Parteikolleg*innen gestört. Anträge und Anfragen zum Thema Asyl, die ein bekannter rechtsextremer AfD-Abgeordneter stellen wollte, wurden zunächst von den anderen Fraktionsmitgliedern verhindert. Schließlich wurden diese Anfragen dann vom Angeordneten als Einzelperson eingebracht. Insgesamt seien fünf von elf Abgeordneten der örtlichen AfD-Fraktion ausgetreten, die damit von der stärksten zur nur noch vierstärksten Fraktion im Gremium wurde. Einer ist später wieder in die Fraktion eingetreten, drei andere haben eine neue Fraktion gegründet.

In einem der hier untersuchten kommunalen Gremien wurde nur ein Austritt verzeichnet, eine Person ist nachgerückt. In einem weiteren Ort ist seit dem Austritt einer Person nur noch einmal eine AfD-Abgeordnete zu einer Sitzung gekommen und die restlichen Mitglieder fehlen permanent in der Stadtverordnetenversammlung und in den Ausschüssen. In den beiden untersuchten Kreistagen sind in einem Fall vier und in dem anderen Fall zwei AfD-Abgeordnete ausgetreten. Wie oben erwähnt gehen die Austritte häufig mit dem Verlust der Fraktionsstärke und damit auch von Sitzen in Gremien einher. Lediglich in zwei von insgesamt sieben der untersuchten Gremien ist kein Austritt zu verzeichnen. Dies betrifft die beiden kleinsten Orte. Eine dieser beiden Fraktionen besteht aus nur zwei Abgeordneten. In dem anderen Fall hat der Fraktionsvorsitz gewechselt.

Die Spaltungen und Austritte der AfD-Fraktionen belasten die kommunalen Gremien in Brandenburg insofern, als dass diese sich in der Folge der Austritte vermehrt mit Nachwahlen und Neubesetzungen beschäftigen müssen. So beschreibt eine Interviewpartnerin, wie im Zuge der Spaltung der AfD-Fraktion das gesamte kommunale Gremium längere Zeit mit der Klärung und den Auswirkungen des AfD-Streits beschäftigt war. „Es standen drei Anträge auf der Tagesordnung zur Neubesetzung der Ausschüsse infolge der Neugründung einer Fraktion“ (Interview ID_3 LINKE, Pos. 39). In einem weiteren Fall führten die Rücktritte der AfD-Abgeordneten zu vier Anträgen in Bezug auf veränderte Gremienbesetzung und zu zwei Beschlussvorlagen, die bearbeitet werden mussten.

Die kommunalpolitischen Gremien werden also bisweilen zur Bühne von inneren Streitigkeiten, wodurch Ressourcen aller dort vertretenen politischen Kräfte belastet werden. Eine Interviewpartnerin berichtet, wie die AfD-Abgeordneten im Kreistag vor aller Augen streiten: *„Die widersprechen sich offen und stellen Aussagen der Anderen in Frage. Das ist, könnte man sagen, ganz lustig mit anzusehen. Aber auf der anderen Seite ist das natürlich unmöglich, dass wir uns mit solchem Quatsch beschäftigen müssen“* (Interview ID_3 LINKE, Pos. 37).

Wie in diesem Abschnitt dargestellt wurde, ist die kommunalpolitische Arbeit der AfD in Brandenburg von Austritten und Spaltungen geprägt. Dabei lässt sich erkennen, dass die Gründe hierfür im parteiintern mangelhaften Umgang mit der Binnenpluralität der AfD-Abgeordneten liegen. Unterschiedliche politische Hintergründe, Motive und Kulturen werden deutlich – und eine Unfähigkeit in der Partei, diese Differenzen aufzulösen oder zu befrieden. Diese Konstellation steht im Widerspruch zu dem nach Außen oft proklamierten einheitlichen Auftreten der Partei. In den Spaltungen und Austritten bildet sich teilweise der Wandel der AfD von einer Sammlungspartei zur Bewegungspartei ab. Es gehen häufig diejenigen, die dem Kurs der Landespartei am fernsten gegenüberstehen. Die AfD bringt somit zwar neue Bürger*innen in die Kommunalpolitik, kann diese jedoch nicht dauerhaft an sich binden.

Viele der Ausgetretenen behalten ihr Mandat und wechseln zu anderen Parteien oder gründen eigene unabhängige Fraktionen und bleiben damit in den kommunalpolitischen Gremien aktiv. Die Mehrzahl der Wechsel sind in das Lager der freien Wähler*innengruppen zu verzeich-

Werbeanhänger der AfD 2021 in Fürstenwalde.
Pressefuchs Brandenburg.

nen. Diese sind in der Brandenburger Kommunalpolitik von hoher Bedeutung. Die ausgetretenen AfD-Abgeordneten repräsentieren zwar nicht mehr die Partei, teilen jedoch in den meisten Fällen weiter ähnliche inhaltliche politische Ausrichtungen. Die beiden für die vorliegende Studie interviewten Vertreter*innen freier Wähler*innengruppen berichten, jeweils von der AfD angesprochen worden zu sein, um die Möglichkeit einer Zusammenarbeit auszuloten.

Auftreten der AfD in den kommunalen Gremien

Die parteiübergreifende lösungsorientierte Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik basiert auf einem respektvollen Umgang im Prozess des demokratischen Aushandelns. Die AfD kommt als „Protestpartei" in die kommunalpolitischen Gremien und ist mit der Herausforderung konfrontiert, ihre „Anti-Establishment"-Haltung mit den sachpolitisch ausgerichteten Handlungspraxen in der Kommunalpolitik zu vereinbaren. Im Folgenden werden entlang der geschilderten kommunalpolitischen Praxiserfahrungen erkennbare Handlungsmuster der AfD herausgearbeitet. Es zeigt sich ein polarisierendes Auftreten: zwischen Abwesenheit und lautem aggressiven Verhalten, sehr vielen Redebeiträgen und keinen Beiträgen, Versuchen der Zusammenarbeit und persönlichen Angriffen auf Kommunalpolitiker*innen anderer Parteien, von subtilen ideologisch eingefärbten Untertönen bis zu deutlich antidemokratischen Aussagen.

Ambivalentes Redeverhalten in den Sitzungen

In den Interviews der Studie berichten die Kommunalpolitiker*innen in der Mehrzahl davon, dass die AfD in den öffentlichen Sitzungen mit vielen Redebeiträgen auftritt. Ausnahmen bilden die Fälle, bei denen sie nicht anwesend sind. Eine weitere Ausnahme: In einem Kreistag sind die vier AfD-Abgeordneten anwesend, aber „sagen eigentlich faktisch nie was, absolut selten […] Selbst die Leute, die laut Berichten eine Nähe zur Identitären Bewegung haben oder hatten, da kommt nichts" (Interview ID_7 CDU Pos. 30–33). Die AfDler stellen nur selten Anträge und Anfragen und würden insgesamt „nichts beitragen" (Interview ID_7 CDU, Pos. 37) und für die kommunalpolitische Arbeit im Landkreis letztlich „keine Rolle" spielen (Interview ID_7 CDU, Pos. 51).

In allen anderen Fällen werden die AfD-Fraktionen als sehr präsent wahrgenommen. Es wird von einer dadurch veränderten Stimmung in den Gremien berichtet. Ein Interviewpartner erinnert sich, dass zu Beginn der laufenden Legislaturperiode die AfD-Abgeordneten „aggressiver" aufgetreten sind, „laut" waren und „öfters mal vollkommen fleglich geworden" sind (Interview ID_1 SPD, Pos. 468–470). Eine andere Interviewpartnerin beschreibt das Auftreten der AfD-Fraktion in ihrem Gremium zusammenfassend als „respektlos" (Interview ID_8 Grüne, Pos. 14).

Die AfD-Abgeordneten seien *„diejenigen, die unwahrscheinlich viel dazwischenreden, die aus der Reihe tanzen, sich nicht an Redeordnung halten, die andere anpöbeln, die einzelne Personen angreifen und auch beschimpfen. Also die fallen schon auf, in ihrer Art zu kommunizieren und auch mit*

Werbung für eine Saalveranstaltung der AfD Nauen 2016 in Nauen.
Presseservice Rathenow.

schlechten Benehmen einfach." (Interview ID_8 Grüne, Pos. 12). Sie hätten deshalb „am meisten Ordnungsrufe kassiert" (Interview ID_8 Grüne, Pos. 14).

Häufig kommen Zwischenrufe wie: „Ach, die ist doch zu doof da oben!" oder „Was macht die schon wieder? Die hat ja keine Ahnung!" (Interview ID_8 Grüne, Pos. 14). Die Interviewpartnerin empfindet das Verhalten der AfD-Abgeordneten in ihrem Gremium als „dominant" und „unangenehm". Sie argumentieren „nicht sachlich", sondern „immer politisch motiviert" (Interview ID_8 Grüne, Pos. 81). Aus den Beschreibungen der Interviewpartner*innen wird deutlich, dass die AfD-Abgeordneten häufig eine emotionalisierte Art der Rede anwenden, die von ihnen als „unangenehm" empfunden wird. Die Reden einzelner AfD-Abgeordneter würden gar in einem „Kampfeston" gehalten werden (Interview ID_5 CDU, Pos. 268).

Auch in den teilnehmenden Beobachtungen fiel jeweils ein Abgeordneter der AfD durch besonders häufige Wortmeldungen und Kommentare auf. Diese wurden mit einer gewissen fordernden und anklagenden Anspruchshaltung vorgetragen. Ein Interviewpartner beschreibt, dass sich die AfD „ständig zu Wort" meldet „ohne wirklich etwas zu sagen", und sich häufig alle Abgeordneten der AfD zum selben Thema äußern (Interview 4_LINKE/Freie Wähler 4/1, Pos. 517–519). Auch in einem anderen Fall wird beschrieben, dass die AfD zu allen Themen spricht, auch wenn sie fachlich nichts beizutragen habe: *„Die nehmen ja tatsächlich viel zu viel Raum ein [und] reden, wo sie gar nicht dürfen. Oder gar nicht zum Thema, [sodass] man eigentlich immer dazwischen gehen müsste."* (Interview ID_1 SPD, Pos. 343).

Über einen AfD-Abgeordneten wird gesagt, dass er regelmässig in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung als „Kommentator der Weltpolitik und der Kommunalpolitik" auftritt (Interview ID_5 CDU, Pos. 188).

Das Auftreten der rechtsextremen Kräfte in den Gremien wird von den Interviewpartner*innen als bemerkbar beschrieben. Sie fallen durch ihre Wortwahl und Ausdrucksweise auf: *„Sie haben so bestimmte Texte, als wenn die schon von der Partei irgendwie vorgeliefert worden sind zu bestimmten Themen. (…) Ob der sich das jetzt so selber ausgedacht hat, das bezweifelt man dann"* (Interview ID_8 Grüne, Pos. 36).

Andere AfD-Abgeordnete würden hingegen eher *„frei Schnauze reden, wo man halt merkt, denen ist das jetzt gerade in dem Moment eingefallen und die ärgern sich jetzt und die müssen dann einfach mal ans Mikro und dann ein bisschen rumpoltern"* (Interview ID_8 Grüne, Pos. 36).

Anhand des unterschiedlichen Auftretens einzelner Abgeordneter werden von Interviewpartner*innen verschiedene Typen von AfD-Abgeordneten innerhalb einer Fraktion beschrieben: „Es gibt einen, der immer sehr vorbereitet rechtes Gedankengut transportiert." Ein weiterer war „auch schon in anderen Parteien unterwegs" und wird vom Interviewpartner als nicht rechtsextrem eingeschätzt. Über einen AfD-Abgeordneten wird gesagt, dass er bei seinen Redebeiträgen „immer sehr austeilt, verletzend ist und sehr persönlich werden kann", während sein Kollege eher wissenschaftlich argumentiert (Interview ID_5 CDU, Pos. 36). Das Auftreten der AfD-Abgeordneten zeichnet ein Spektrum unterschiedlicher Verhaltensweisen aus. Insbesondere der emotionale, agitierende und angreifende Gestus, sowie die Länge vieler AfD-Beiträge wirkt auf die Abgeordneten der anderen Parteien deplatziert und wird als unangemessen für das Feld wahrgenommen.

Verbale Angriffe auf andere Kommunalpolitiker*innen

Das thematisch polarisierende Auftreten der AfD-Abgeordneten in den Brandenburger Kommunen wird begleitet von verbalen Angriffen auf Abgeordnete anderer Parteien.

Eine Kommunalpolitikerin empfindet die Sitzungen ihrer Stadtverordnetenversammlung, als „stellenweise sehr aggressiv und respektlos." Sie hatte sich die Arbeit dort anders vorgestellt und findet, „wie miteinander umgegangen wird, das hat irgendwie nichts mit dem hohen Hause zu tun" (Interview ID_2 SPD 2/1, Pos. 8). Sie beschreibt, wie sich in den Sitzungen ihrer Stadtverordnetenversammlung „die rote Seite und die blau-schwarze Seite" gegenüber sitzen und „sich quasi gegenseitig Sachen zuwerfen". „Das ist so ein: die mächtigen alten Männer gegen den Menschen mit Herz und Verstand." Dies sei „kein diskutieren" mehr, sondern „ein böses miteinander reden", die Abgeordneten lassen sich „nicht aussprechen" und man hört „Beschimpfungen" (Interview ID_2 SPD 2/1 Pos. 8–10).

Ein anderer Interviewpartner beschreibt die Stimmung als „sehr hitzig" (Interview ID_5 CDU, Pos. 24). Von der AfD *„braucht nur einer was zu sagen, dann geht sofort einer von den Grünen hoch und dann geht wieder die AfD hoch und das ist dann so ein Ping Pong […] ohne jeden Wert an Argumentation"* (Interview ID_5 CDU, Pos. 58).

Manche Angriffe sind auch persönlich gehalten. Es sei „schwer zu ertragen zum Teil, was da geäußert wird" (Interview ID_5 CDU, Pos. 60). Insgesamt wird die Stimmung in den Gremien, in denen die AfD anwesend ist, von mehreren Interviewpartner*innen als angespannt beschrieben.

Eine weitere Interviewpartnerin beschreibt, dass sich in ihrem Gremium vor allem Jüngere durch das Verhalten der AfD abgeschreckt fühlen. Vierzehnjährige Mädchen vom Jugendbeirat seien in der Stadtverordnetenversammlung als „linksgrün versifft" bezeichnet und von der AfD „einzeln angegriffen" worden. Bei „Themen wie Hygiene-Mittel-Automaten an Schulen" und gendergerechter Sprache hält die AfD besonders offensiv dagegen. *„Und wenn dann […] junge Frauen von älteren Männern da so angegangen werden, dass das macht schon was mit denen. Die haben dann keine Lust mehr"* (Interview ID_8 Grüne, Pos. 77–78). Die Interviewpartnerin berichtet davon, dass diese Einschätzung auch von den Mitgliedern des Beirats für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung geteilt würde: Diese sagten „die Stimmung wäre schlimm und es ist kaum auszuhalten" (Interview ID_8 Grüne, Pos. 6).

Eine Interviewpartnerin berichtet über abschätzige Kommentare ausgehend von AfD-Abgeordneten in Form von „Übertreibungen" und abwertenden „Adjektiven", die ihr die Kompetenz absprechen sollten (Interview ID_6 FW, Pos. 110). Diese persönlichen Angriffe „laufen nicht unter so viel Publikum", sondern eher in einem Ausschuss (Interview ID_6 FW, Pos. 100). In Ihrem Gremium ist es besonders schwierig, sich gegen die AfD zu positionieren, weil die anderen freien Wähler*innengruppen und die CDU mit der AfD zusammenarbeiten und einen als „kumpelhaft" erscheinenden Umgang pflegen (Interview ID_6 FW, Pos. 38). In einem anderen Fall greift die AfD-Fraktion auf ihrer Webseite die Vorsitzende der SVV in abschätziger Weise an und wünscht ihr einen Angriff mit einem japanischen „Kamikaze" Flieger. Eine junge Abgeordnete wird als „Wonneproppen mit der Mundstuhlklappe" beleidigt. Eine Rede der Abgeordneten aus der SVV wird mit folgenden abfälligen Worten kommentiert: „Die Erklärung ihres ‚tiefempfundenen Weltschmerzes' ist noch immer der running gag aller AfD Biertischrunden."[4]

Die persönlichen Angriffe einiger AfD-Abgeordneten auf andere Kommunalpolitiker*innen richten sich in besonders abwertender Art an Frauen. Eine Interviewpartnerin beschreibt die Angriffe und das „Machogehabe" einiger AfD-Abgeordneter als „dieses männliche Verhalten, Frauen in Führungsrollen nicht so richtig akzeptieren zu können" (Interview ID_8 Grüne, Pos 70). In zwei Fällen, bei denen Frauen den Vorsitz der SVV haben, werden diese häufig abschätzig von der AfD angegriffen. In einem Fall wurde laut Aussage des Interviewpartners eine private E-Mail der Vorsitzenden von der AfD-Fraktion veröffentlicht und kommentiert. Wie sich in dem vorliegenden Material zeigt, trägt die AfD mit ihrem Politikstil zu einer veränderten Atmosphäre in den SVVs bei, die von Abgeordneten anderer Parteien als destruktiv empfunden wird.

Grenzen des Sagbaren austesten

Das provokante Auftreten der AfD-Abgeordneten löst bei Abgeordneten der anderen Parteien unterschiedliche Reaktionen aus. Einige ziehen es vor die AfD-Abgeordneten zu ignorieren, um ihnen nicht noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken, andere wollen klare Grenzen setzen.

Die Reden der AfD enthalten laut den Interviewpartner*innen häufig bestimmte Wörter und Anspielungen, die eine antidemokratische Einstellung sichtbar werden lassen.

Den anderen Gremienmitgliedern und der Sitzungsleitung wird in der Folge eine besondere Aufmerksamkeit abverlangt, denn häufig stoßen die Redebeiträge *„an die Grenze, wo man denkt, ist das jetzt alles noch verfassungskonform oder wie weit ist das jetzt diskriminierend? Oder inwieweit muss man da einschränken"* (Interview ID_8 Grüne, Pos. 37). Einigen Interviewpartner*innen fällt auf, dass durch AfD-Abgeordnete rechtsextreme Codes und Schlagwörter eingebracht werden, die oft unterhalb der Nachweisbarkeitsgrenze gehalten sind. Ein AfD-Abgeordneter trägt zum Beispiel oft ein schwarz-weiß-rotes T-Shirt in den

[4] Nachweis im Archiv des Autors.

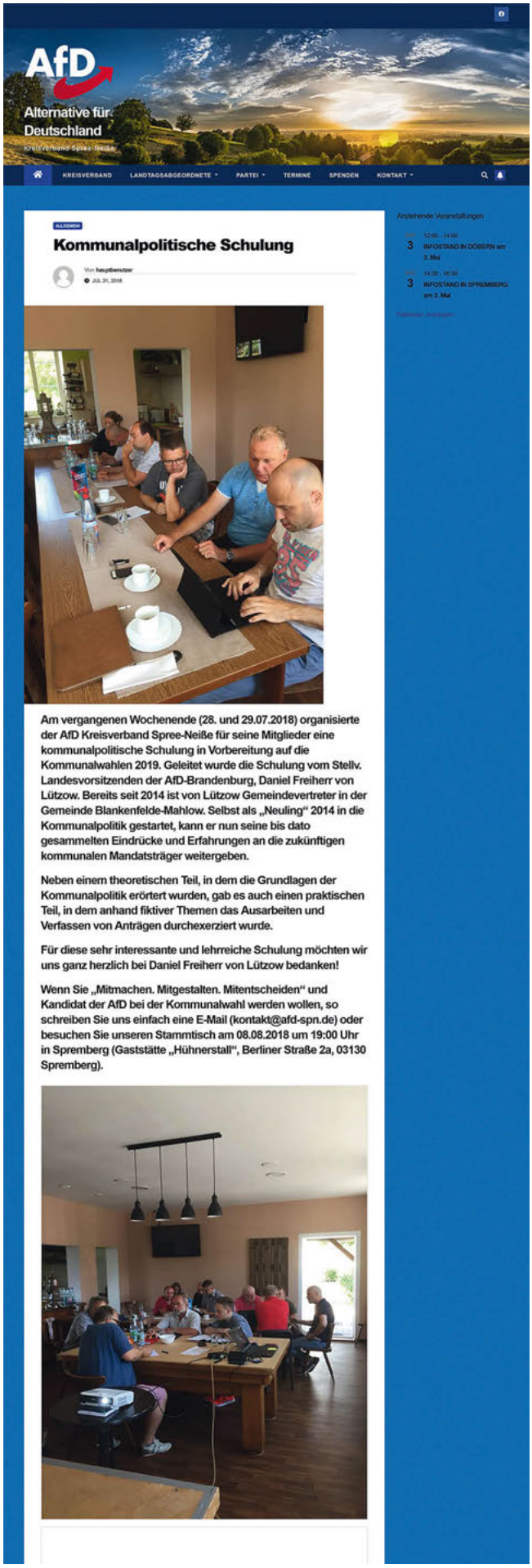
Sitzungen, das also die Farben der Fahne des Deutschen Reichs habe. Einzelne AfD-Abgeordnete fallen auch durch politische Meinungsäußerungen auf, die mit rechtsextremen Straßenprotesten in Verbindung stehen.

Medial bekannt wurde ein Fall in Rathenow: Der Vorsitzende des Ordnungsausschusses Ralf Maasch hatte aufgrund des Polizeieinsatzes im Rahmen einer unangemeldeten Demo von Impfgegner*innen, die Polizei auf Facebook als „Knüppelgarde“ bezeichnet (Schmidt 2022a). Aus Protest gegen diese Aussage blieben die Abgeordneten der anderen Parteien der nächsten Sitzung des Ordnungsausschusses unter der Leitung von Maasch fern und die Sitzung musste entfallen. Uneinsichtig beschwerte sich Maasch über die anderen Kommunalpolitiker*innen aus seinem Ausschuss, zeigte einen Abgeordneten der Linkspartei an und gab nach viel Protest die Leitung des Ausschusses an seinen Parteikollegen Uwe Hendrich (AfD) ab (vgl. Schmidt 2022b).

In einem Interview wird ein subtileres Vorgehen der AfD-Abgeordneten zu Meinungsäußerung dargestellt. So beschreibt ein Interviewpartner die Redebeiträge eines AfD-Abgeordneten in seinem Gremium als „emotional“ und „bewusst formuliert“. Die Kommentare zur „Bevölkerungsentwicklung“ enthalten „immer unterschwellig“ und „schwer zu greifen“ abwertende Anspielungen zum „Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen“ (Interview ID_5 CDU, Pos. 188).

Die emotional aufgeladenen Reden einiger AfD-Abgeordneter lösen bei anderen Abgeordneten ebenfalls emotionale Reaktionen aus: „Da läuft es einem schon (kalt) den Rücken runter“ (Interview ID_5 CDU, Pos. 48).

Ein weiterer Interviewpartner beschreibt, er müsse seit dem Einzug der AfD ins Stadtparlament wachsamer in den Sitzungen sein, um auf die „strategischen Spielchen, wie sie teilweise ja passieren“ reagieren zu können: *„Dass man jetzt aufpasst, was muss man da sagen, was stellen die jetzt wieder für Anträge, wie muss man darauf reagieren, das gab es ja natürlich vorher nicht“* (Interview ID_1 SPD, Pos. 468). Zudem arbeitet die AfD verstärkt mit Strafanzeigen gegenüber politischen Gegner*innen. Die Herausforderung im Umgang mit dem Äußerungen der AfD-Abgeordneten zeigt sich für viele Interviewpartner*innen jenseits der sachpolitischen Ebene. Die AfD-Abgeordneten testen in den öffentlichen Sitzungen Grenzen des Sagbaren aus. Die Art und Weise ihres Auftretens provoziert eine weitere Handlungsebene, die von den anderen Akteur*innen stärker als zuvor mitgedacht werden muss – die Außenwirkung. In einem Fall beschreibt die AfD-Fraktion auf ihrer Webseite den Nutzen der Reaktionen anderer Kommunalpolitiker*innen auf ihr



Screenshot Bericht der AfD über eine kommunalpolitische Schulung 2018.
Screenshot

Verhalten: *„Ihren vehementen und unermüdlichen, wenn auch intellektuell eher bescheidenen Kampf gegen uns (die Ihnen so verhassten „Preußisch–Blauen“) innerhalb und außerhalb der (…) Stadtverordnetenversammlung, verfolgen wir mit belustigtem Interesse und voller Eigennutz. Schließlich sind Ihre Aktionen eine wichtige Wahlkampfhilfe für unsere Partei.*“[5]

Eine „Peep-Show“ für die „Wutbürger“ – An die Öffentlichkeit gerichtetes Auftreten in den Gremien

Mehrere Interviewpartner*innen nehmen in Verbindung mit dem Redeverhalten ein nach Außen gerichtetes Auftreten der AfD-Abgeordneten wahr.

In den öffentlichen Gremiensitzungen der Stadtverordnetenversammlungen und in einem Kreistag häufen sich laut Aussage der Interviewpartner*innen die Redebeiträge der AfD-Fraktionen insbesondere seitdem die Sitzungen als Livestream übertragen werden: *„Vorher haben die nie was gesagt, seitdem stellen sie sich in jeder Sitzung mehrfach an das Mikro und regen sich auf zu irgendwas“* (Interview ID_3 LINKE, Pos. 235).

Insbesondere bei öffentlich umstrittenen Themen präsentiere sich die AfD nach Außen als anklagende Instanz.

Die AfD trete in den öffentlichen Sitzungen „sehr wichtigtuerisch“ auf mit „tönenden Reden“, sodass „der Rest der Stadtverordneten bloß noch die Augen verdreht“. Dennoch sei „im Publikum doch die AFD-Nähe“ zu bemerken. Die AfD würde ihr Publikum mitbringen und für die eine „Peep-Show“ machen (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 548–551).

Beim Thema der einrichtungsbezogenen Impfpflicht hatte die SPD in einem Gremium das Gesundheitsamt und die Sozialdezernentin eingeladen und mit diesen über die Umsetzung und Machbarkeit gesprochen, berichtet ein Interviewpartner, der der SPD angehört. Die AfD handhabe solche Angelegenheiten anders und lauter: *„Die publizieren das nach außen: seht her, wir kümmern uns um euch, wir bombardieren das Gesundheitsamt und die Sozialdezernenten mit unseren Vorwürfen“* (Interview ID_2 SPD 2/1, Pos. 31).

In einem anderen Fall wurde eine Diskussion aus dem Gemeinderat direkt nach außen getragen. *“Die Diskussion (…) lief schon heftig und publikumswirksam (…), weil am nächsten Tag hatten sie das irgendwie sogar auf ihrer Website, auf ihrer Facebook-Website“* (Interview ID_6 FW, Pos. 100–102). Bei dieser Diskussion ging es nach Beschreibung der Interviewpartnerin nicht mehr um die Sache „sondern es ging um das Publikum“ (Interview ID_6 FW, Pos. 82). Wenn eine große Anzahl Bürger*innen anwesend wären, gäbe es auch immer „Wutbürger“, die auch bei der AfD „Beifall klatschen“ (Interview ID_6 FW, Pos. 68).

Ein weiterer Interviewpartner beschreibt seine Annahme, dass die AfD-Abgeordneten Informationen und Unterlagen aus den Sitzungen weitergeben. Es wurden „über andere Kanäle Sachen aus nicht öffentlichen Teilen plötzlich bekannt“ (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 192–195). Es gehe nach Einschätzung der Interviewpartner*innen darum, Aufmerksamkeit zu erregen. Dabei steht vor allem die Geste der Empörung im Vordergrund und die AfD verhält sich zumeist als Fundamentalopposition.

Vereinzelt werden Anträge und Anfragen von den AfD-Fraktionen in den eigenen Social-Media-Kanälen verbreitet. Unter den für die vorliegende Studie untersuchten Gremien werden auf den Webseiten der lokalen AfD-Gliederungen der beiden größeren Städte regelmäßig eigene Anträge und Anfragen veröffentlicht. In einem der beiden Fälle wird das Verhalten der anderen Kommunalpolitiker*innen abwertend kommentiert. In einer Gemeinde sind vor allem weitergeleitete Artikel der Bundes- und Landespolitik der AfD zu finden. Diese prägen auch die Facebookseiten der kommunalen AfD-Fraktionen. Auf einer Facebookseite werden die Erfolge gepostet, angenommene und zusammen mit anderen Fraktionen gestellte Anträge. Eine kontinuierliche professionelle Darstellung der eigenen kommunalpolitischen Arbeit ist in den meisten Fällen nicht ersichtlich.

Fachliche Kompetenz und Arbeitsfähigkeit der AfD-Fraktionen

Im Folgenden wird die kommunalpolitische Arbeit der AfD in Bezug auf die Themen und das Potential untersucht, die die Partei in die kommunalpolitischen Gremien einbringt. Dafür wurden die gestellten Anträge und Anfragen in den untersuchten Gremien ausgewertet. Ergänzend berichten die Interviewpartner*innen über die Arbeit in den Ausschüssen.

Wichtige Instrumente der Kommunalpolitik sind sachbezogene Anfragen oder Anträge. In den Ausschüssen wird über die gestellten Anträge beraten und die Ergebnisse werden dann in der Stadtverordnetenversammlung oder im Kreistag abgestimmt. Anfragen werden im öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung, des Gemeinderats oder der Kreistagssitzungen beantwortet. Zur Umsetzung von Anliegen aus der Bürger*innenschaft wird häufig die Stadtverwaltung und Bürgermeister*in in die Lösungsfindung einbezogen oder es wird extern eine Expertise zum Thema eingeholt. Bürger*innen können Abgeordnete direkt kontaktieren oder ihre Anliegen beispielsweise in den Einwohner*innenfragestunden einbringen. Anfragen geben Auskunft über Sachverhalte und Anträge dienen der Umsetzung eines konkreten Vorhabens.

[5] Nachweis im Archiv des Autors.

Verzögern von Beschlüssen durch Anfragen und Prüfungen

Die AfD nutzt vor allem die Möglichkeit, Anfragen zu stellen. Häufig wird von den Interviewpartner*innen beschrieben, dass die Anfragen der AfD zum Teil nicht beantwortet werden können, weil sie außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der lokalen Verwaltungen oder der Bürgermeister*innen liegen. Die Qualität der Anfragen divergiert in hohem Maße – bis dahin, dass es sich um reine Suggestivfragen handelt.

In der Analyse der Anfragen fällt auf, dass diese oft mit Unterstellungen verbunden sind. In einem Fall berichtet eine Interviewpartnerin davon, wie die AfD in einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung „43 Fragen" stellte „um zu stören". Die Sitzungsleitung habe daraufhin unter Protest den Saal verlassen (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 91–93). In diesem Gremium stellte die AfD noch weitere Anfragen, die sachlich unangemessen jeweils bis zu 31 Einzelfragen enthielten. Die anderen Gremienmitglieder nehmen dieses Verhalten als „Sand ins Getriebe werfen" wahr, mit dem „die Verwaltung über Tage mit irgendwelchen Unsinnigkeiten beschäftigt" wird (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 103).

Dieses Frageverhalten kann als Verhinderungsstrategie eingeordnet werden. *„Dann (haben sie) ja auch noch immer zu ihren Fragen Nachfragen. […] Und wenn ihnen dann die Antwort nicht passt, dann bringen (sie) sich immer in die Opferrolle. Sie sind immer die Unverstandenen und die denen man ihre Meinung abspricht"* (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 105). Aus einem anderen Gremium wird berichtet die AfD-Fraktion stelle *„immer wieder dieselben Fragen und sie stellen sie immer auch noch in der Stadtverordnetenversammlung, obwohl sie schon im Ausschuss behandelt worden sind"* (Interview ID_1 SPD, Pos. 446). Es sei nach Außen schwer zu vermitteln „dass sie eigentlich nie aufpassen" (ebd.).

In einer ihrer SVV berichtet eine Interviewpartnerin, der Bürgermeister und der Landrat würden „wegen der Anzahl der Fragen" von der AfD-Fraktion jetzt nur noch das „beantworten, was den Kreis tatsächlich betrifft" (Interview ID_3 LINKE, Pos. 233).

In der Antwort einer Bürgermeisterin zu einer AfD-Anfrage nach der Finanzierung von Investitionen der Stadt fühlte sich diese genötigt darauf hinzuweisen, dass dem Antragsteller offensichtlich „die Grundsätze der Haushaltsplanung nicht bekannt" seien (Beantw. Anlage 4).

Die häufig als Vorwürfe formulierten Anfragen der AfD-Fraktionen werden ergänzt durch ein einforderndes Prüfen der Aktivitäten anderer Kommunalpolitiker*innen, der Sitzungsleitungen, der Verwaltung oder der Bürgermeister*innen.

In einem Fall bestand die AfD auf Prüfungen von Wortprotokollen: *„Das musste dann nochmal neu abgeschrieben werden, nochmal neu nachgehört werden und im Prinzip kam aber nichts dabei raus, außer das zwei Leute damit den ganzen Tag beschäftigt waren"* (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 319). Der Interviewpartner erklärt, die AfD wolle kommunalpolitische Gremien und die Verwaltung „tagelang mit irgendwelchen Recherchen" „lahmlegen" (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 322–325). In zwei Gremien schaltet die AfD häufiger die Kommunalaufsicht ein, um das Vorgehen der Vorsitzenden prüfen zu lassen. Bisher wurde keiner der eingereichten Beschwerden entsprochen.

In einem Fall berichtet die Interviewpartnerin von einem AfD-Abgeordneten, der sich als Jurist gut mit Formalien auskennt und „wenn irgendeine Abstimmung oder irgendein Antrag gestellt wird, dann weiß der eben auch immer genau zu sagen, wer denn jetzt wie den Antrag stellen dürfte und wer nicht" (Interview ID_6 FW, Pos. 88).

Insgesamt werden von den Interviewpartner*innen unterschiedliche, in der Gesamtheit aber eher mangelhafte kommunalpolitische Fähigkeiten und Fertigkeiten der AfD-Abgeordneten beschrieben. Es sei „zu merken", dass sie sich „in Gesetzen, in Satzungen „ganz schlecht auskennen", erklärt ein anderer Interviewpartner (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 82). Dennoch unterstellt die AfD-Fraktion der Verwaltung, dem Vorsitz und anderen Kommunalpolitiker*innen, dass sie willentlich Dinge falsch machen würden. So wurde unterstellt „das Bauamt hätte einen verkehrten Paragraphen zitiert" oder der Vorsitzende hätte illegitimerweise „zwei Tagesordnungspunkte zusammengelegt" (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 85–90).

Themen aufgreifen und „kassieren"

Neben solchem konfrontativen Verhalten ist auch zum Teil ein um Normalisierung und Anerkennung bemühtes Verhalten der AfD-Abgeordneten zu erkennen. Wie oben dargestellt versucht die AfD über sachpolitisch ausgerichtete Zusammenarbeit mit anderen Parteien eine Normalisierung der eigenen Anwesenheit und politischen Ansichten in demokratischen Gremien zu erreichen. So ist thematisch in den gestellten Anträgen zu erkennen, dass Metathemen wie die Ablehnung von Migration, Gendergerechtigkeit, erneuerbare Energien und Pandemiemaßnahmen häufig auftauchen. Zusätzlich werden aber auch vereinzelte Anträge und vor allem Anfragen zu Haushaltssatzungen, Infrastrukturthemen wie Spielplätzen oder verkehrsrelevante Themen eingebracht – bis hin zur Hundesteuer.

In der Regel bringt die AfD allerdings wenige bis keine eigenen Themen ein. So berichtet eine Interviewpartnerin: „Also die springen eigentlich eher auf. Sie versuchen, wenn Anträge gestellt werden, da einen Änderungsantrag zu stellen" (Interview ID_8 Grüne, Pos. 22). Sie berichtet von einem Antrag, bei dem eine gemeinnützige Organisation vor Ort mehr Geld bekommen sollte und dem alle Abge-

ordneten zustimmten. Die AfD hätte dann einen eigenen Antrag gestellt, dass selbige Organisation mehr als doppelt so viel Geld bekommen sollte. In dem Wissen, dass die anderen Fraktionen ihren Antrag ablehnen würden, versuchen sie laut der Interviewpartnerin, mit solchen Art Anträge „die anderen zu diskreditieren“ (Interview ID_8 Grüne, Pos 22).

In einem anderen Fall wird beschrieben, wie die AfD-Abgeordneten auch Anträge stellen zu Themen, die in anderen Fraktionen besprochen werden. Sie würden sich bei den „großen Themen Verkehr, Stadtentwicklung, Bebauungspläne, Klimaschutz“ einmischen, aber „weniger konzeptionell-inhaltlich“ (Interview ID_5 CDU, Pos. 184–186). Häufig würde die AfD einfach „aufgreifen, (…) was auch in den anderen Fraktionen gedacht wird“ und dann einen eigenen Antrag dazu stellen, der dann meistens abgelehnt wird. – „Besonders fleißig sind sie auch nicht“ erklärt der Interviewpartner (Interview ID_5 CDU, Pos. 180–182).

Eine weitere Interviewpartnerin erklärt, die AfD stehe „immer mal auf Anträgen anderer mit drauf. (…) Oder sie verhindern Anträge“ (Interview ID_6 FW, Pos. 84–86). Eigenes Wissen und eigene Anträge würden kaum eingebracht werden. Wenn Ihre Anträge abgelehnt oder überstimmt werden, würde die AfD „keine Ruhe geben“ und die „demokratischen Verhältnisse nicht akzeptieren“ (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 97–100).

Dass die AfD-Abgeordneten sich in den öffentlichen Sitzungen laut und selbstbewusst zu Themen äußern, zu denen sie keine Sachkompetenz hätten, berichten mehrere Interviewpartner*innen. Es wird beschrieben, dass sie sich Themen „nehmen“, die entweder kontrovers diskutiert werden oder bereits von anderen Parteien besetzt sind. Mehrfach beobachtete ein Interviewpartner, dass die AfD-Abgeordneten „in einem Ausschuss sitzen und egal wer die vorträgt, dann auf einmal das Thema nehmen und daraus einen Antrag oder eine Anfrage machen“. Dieses Vorgehen sei unüblich bei den anderen Parteien: „Themen zu kapern, die andere eigentlich vorgetragen haben“ (Interview ID_1 SPD, Pos. 92–97).

Eine Interviewpartnerin schildert ihre Beobachtung, dass die AfD zunehmend zu Themen spricht, die „nicht zu ihrer Grundhaltung passen“, wie das Thema „Barrierefreiheit“ (Interview ID_2 SPD 2/1, Pos. 27), das bisher von anderen Fraktionen bearbeitet wurde. Sie erkennt darin eine Strategie, Themen an sich zu binden, um nach außen das Bild herzustellen: „Wir kümmern uns um die Menschen mit Behinderung und um die Kinder mit den Spielplätzen“ (Interview ID_2 SPD 2/1, Pos. 31).

Gleichzeitig bringt dieses Vorgehen laut Aussage der Interviewpartnerin die anderen Parteien in Erklärungszwang, wenn sie sich dann gegen einen Antrag der AfD zu einem solchen Thema positionieren müssen. Mit dieser Praxis könne die AfD politisch profitieren, obwohl sie nur auf die bisherige Arbeit der anderen Parteien aufbaut. Bürger*innen würden häufig nicht nachprüfen, ob eine gelungene Umsetzung erfolgt ist: „Niemand fragt ja: ‚Warum hat denn das mit den Kinderspielplätzen nicht funktioniert?‘ Aber die AfD hat es angesprochen“ (Interview ID_2 SPD 2/1, Pos. 33).

Auch von anderen Interviewpartner*innen wird beschrieben, wie die AfD mit wenig Aufwand von der Arbeit der anderen Parteien profitiert: *„sie äußern sich, wenn sie meinen, dass das Thema gut ist […] und kassieren – also ich empfinde das manchmal als kassieren. Andere machen die Sacharbeit und sie hängen sich dann mit rein“* (Interview ID_6 FW, Pos. 166).

Ein weiterer Interviewpartner berichtet zusammenfassend, er könne bei der AfD-Fraktion vor Ort „kein Leitbild erkennen“. Die Abgeordneten „wechseln ständig die Themen“ und versuchen dabei „niederschwellige Themen zu erhaschen, um die bürgerliche Partei zu spielen, die sich kümmert“ (Interview ID_1 SPD, Pos. 90). Es wurden in dem vorliegenden Material keine konkreten gelungenen Maßnahmen gefunden durch Anträge, die von der AfD ausgegangen wären. Statt von konstruktiver Zusammenarbeit, sprechen die Interviewpartner*innen eher von Interventionen in Lösungsfindungsprozesse durch die AfD-Abgeordneten.

Mangelnde Initiative in den Ausschüssen

Von den Interviewpartner*innen wird häufig auf die Lücken der fachlichen Kompetenz einiger AfD-Kommunalpolitiker*innen hingewiesen, die besonders in der Arbeit in den Ausschüssen sichtbar wird:

„Also in den Fachausschüssen hat man manchmal den Eindruck, dass sie fachlich nicht so sich mit den Themen auseinandersetzen.“ Die Interviewpartnerin beschreibt, dass ihre Partei sich „vorher fachlich versucht zu informieren“ und bei Bedarf Expertise einholt. Bei der AfD aber „fehlt die Kompetenz. Also man merkt dann das unvorbereitet-sein“. Deshalb sei es möglich „das Mitreden und das Übertönen“ der AfD-Abgeordneten „mit fachlicher Argumentation“ auszuhebeln (Interview ID_6 FW, Pos. 116).

Ein weiterer Interviewpartner beschreibt, wie die AfD-Abgeordneten in den Ausschüssen mehrfach nichts zu ihrem eigenen Antrag sagen konnten. Es sei schwer nachzuvollziehen *„wer da die Anträge stellt, wenn dann die Mitglieder der Fraktion den Antrag nicht verteidigen können oder nicht wissen, was da drinsteht oder keine Fragen dazu beantworten können“* (Interview ID_1 SPD, Pos. 141–143).

Die Führung der Ausschüsse durch AfD-Abgeordnete wird entweder als ungenügend oder als „sehr aggressiv“ beschrieben (Interview ID_2 SPD 2/1, Pos. 8). Der Vorsitzende des Bauausschusses von der AfD, erinnert sich ein Interviewpartner, „fällt auch nicht durch Initiativen auf“ (Interview ID_5 CDU, Pos. 116–119).

Über einen AfD-Abgeordneten wird berichtet, dass er den Ausschuss, den er leitet, zum „Stillstand“ gebracht hat.

„Er ist der Ausschussvorsitzende! Er muss ja sagen, was er mit dem Ausschuss will, was sind denn seine Themen, was will er erreichen, worum sollen wir uns kümmern? Aber er hatte keine Ideen, hat nix auf die Tagesordnung gesetzt. Hat das eigentlich verschenkt, sein Amt“ (Interview ID_3 LINKE, Pos. 109–113).

In einem anderen Ausschuss unter der Leitung eines AfD-Abgeordneten „passieren ständig irgendwelche Fehler. Ja, der hat regelmäßig irgendwelche Dinge nicht im Griff, kennt die Geschäftsordnung nicht usw.“. Die anderen Abgeordneten würden mit seinen Fehltritten „relativ kulant“ umgehen. *„Und diese Kulanz oder dieses menschliche Miteinander, das wird (von der AfD) aber anderen nicht zugestanden. Da wird dann immer gleich draufgehauen und kritisiert“* (Interview ID_8 Grüne, Pos. 14). Eine andere Interviewpartnerin von den Freien Wählern würde die AfD-Abgeordneten gerne „mehr in die Verantwortung nehmen“, damit sie sich „selber entzaubern“. Wenn sie die AfD-Abgeordneten im Ausschuss auffordere etwas zu machen und nicht nur zu meckern, „passiert nichts“ (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 73).

In den beiden untersuchten Kreistagen verhalten sich die AfD-Abgeordneten in den Ausschüssen eher zurückhaltend. Eine Interviewpartnerin beschreibt, das von der AfD „initiativ gar nichts“ kommt. Es gäbe vor Ort zu vielen Themen akuten Handlungsbedarf, aber die AfD würde nichts zur Lösung dieser Probleme beisteuern: „Die arbeiten nicht! Die haben keine Ideen, sie bringen keine Initiativen ein, sie fragen keine sinnvollen Fragen, sie bringen keine Experten“ (Interview ID_3 LINKE, Pos. 211). Selbst ihre eigenen Themen würden sie „nicht ordentlich zur Geltung“ bringen und im Hauptausschuss lediglich „irgendwelche weltfremden Fragen“ stellen (Interview ID_3 LINKE, Pos. 215).

Ein Abgeordneter beschreibt, dass so bald „man sich in irgendwas einlesen muss oder irgendwas komplizierter wird, da sind sie sowieso immer raus“ (Interview ID_1 SPD, Pos. 444). Auch verändere sich immer wieder die Position der AfD-Abgeordneten: in den Ausschüssen stimmen sie zuweilen für ein Vorhaben und später in der Stadtverordnetenversammlung gegenteilig ab. „Zurzeit verhindern sie bloß […] oder diskutieren, zerreden“. Dabei wirkt das Vorgehen auf den Interviewpartner „irgendwie fremdgesteuert“. Ein Abgeordneter einer anderen Fraktion hat gesehen, „dass sie sogar einen Fahrplan hatten“. Auf einem Zettel eines AfD-Abgeordneten stand „wie sie, was sie, wo sie abstimmen sollen“ (Interview 4_LINKE/FW 4/1, Pos. 58–62).

In zwei Fällen wird die Anwesenheit der AfD-Abgeordneten bemängelt: *„die kommen immer zu spät. Teilweise auch eine halbe Stunde“* (Interview ID_6 FW, Pos. 116). Über ein anderes Gremium wird berichtet, dass die AfD-Abgeordneten „häufiger im Kreis- und Finanzausschuss auch nicht immer da“ seien. Dies mache jedoch „auch keinen Unterschied, weil sie faktisch nichts beitragen“ (Interview ID_7 CDU, Pos. 37). Generell wird in Bezug auf die Ausschüsse ein unstetes Verhalten beschrieben, das Rückschlüsse auf fehlende Kompetenzen und bestehende Unsicherheiten in der kommunalpolitischen Qualifikation zulässt. Das Verhalten in den Ausschüssen erscheint zurückhaltender als das Verhalten in den öffentlichen Sitzungen der Kreistage- und Stadtverordnetenversammlungen. Da in den Ausschüssen jedoch die Umsetzung und Machbarkeit der Anträge verhandelt werden, kann darauf geschlossen werden, dass es der AfD weniger um die konkrete Umsetzung von Bürger*innenanliegen geht als vielmehr um die öffentliche Präsenz.

Wie aus den Wahrnehmungen der anderen Kommunalpolitiker*innen ersichtlich wird, trägt die AfD auf kommunaler Ebene nicht zur Erhöhung der Qualität kommunalpolitischer Arbeit bei. Es sind keine eigenen Initiativen oder hervorhebenswerte Umsetzungen von AfD-Vorhaben erkennbar, jedenfalls nicht in relevantem Ausmaß. In einzelnen Fällen wird durch die AfD-Abgeordneten die Arbeit der Verwaltung und der Gremien erschwert oder sogar blockiert.

Fazit

Auf kommunaler Ebene hat die AfD in Brandenburg Probleme, ihre vielen Mandate zu besetzen, die sie durch die Wahl bekommen hat. Es sind auffällig viele Spaltungen, Austritte und Distanzierungen erfolgt, die eine kontinuierliche Arbeit erschweren.

Aus den Beschreibungen des Auftretens der AfD-Abgeordneten in den kommunalen Gremien lassen sich drei Gruppen bilden: *Alteingesessene Konservative*, die vorher zum Teil bereits in anderen Parteien waren, *ideologisierte Rechtsextreme*, die durch agitierendes, aggressives Sprechverhalten auffallen und in der Partei gut vernetzt sind, und *Neuengagierte*, die aus verschiedenen Gründen in die AfD eingetreten sind und besonders häufig nach kurzer Zeit wieder austreten.

Die Differenzen und Streitigkeiten um Politikstile und Inhalte in den Fraktionen werden zum Teil in den öffentlichen Sitzungen ausgetragen. Die häufigen Neubesetzungen belasten die kommunalpolitischen Gremien mit Mehrarbeit.

Ebenso ist eine verstärkte Belastung erkennbar, weil den AfD-Abgeordneten die Regeln, Rollen und Zuständigkeiten in der kommunalpolitischen Gremienarbeit immer wieder erklärt werden müssen. Teilweise versucht die AfD in Zusammenarbeit und in Kontakt mit Abgeordneten anderer Parteien zu gehen, um ihrem Ziel der eigenen Normalisierung durch Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene näher zu kommen. Dies gelingt aber nur vereinzelt vor allem mit den Freien Wählern und der CDU, aber auch einzelne Personen aus anderen Parteien grenzen sich nicht immer eindeutig ab.

In der Regel fühlen sich die Abgeordneten der anderen Parteien und auch manche Ausgetretene der AfD von dem dominierenden Politikstil innerhalb ihrer Fraktionen eher abgeschreckt. Die AfD tritt in den öffentlichen Sitzungen der SVVs in Brandenburg als laute Oppositionspartei auf oder ist abwesend. Die Länge der Redebeiträge, die emotionalisierende Art und Weise und ihre ideologische Ausrichtung trägt zu einer veränderten Stimmung in den Sitzungen bei und wird von den anderen Kommunalpolitiker*innen als Provokation wahrgenommen.

Statt um fachliche Beiträgen handelt es sich um Kommentare, die zum Teil demokratiefeindliche oder diskriminierende Aussagen enthalten. Die Anwesenheit der AfD wirkt vielerorts als Herausforderung der demokratischen Prozesse in den kommunalen Gremien.

Die Verwaltung, die Bürgermeister*innen und Vorsitzenden sehen sich oft mit einer Flut an Anfragen konfrontiert. Die häufigen Anfragen und Redebeiträge enthalten nach Auskunft der Interviewpartner*innen wenige bis keine Lösungsvorschläge, aber häufig Unterstellungen oder Vorwürfe gegenüber den Vorsitzenden, den Verwaltungen oder anderen Kommunalpolitiker*innen. Die Unterstellungen werden zum Teil als persönliche Angriffe erlebt und haben das Potential zu verunsichern und einzuschüchtern.

Andere Kommunalpolitiker*innen empfinden das Verhalten der AfD als respektlos, unangemessen, emotionalisierend und blockierend. Politische Gegner*innen werden in und außerhalb der Gremien direkt und teilweise massiv angegriffen. Frauen wird von AfD-Abgeordneten häufig die Kompetenz abgesprochen. Die abwertenden Kommentare richten sich besonders an Frauen, Jüngere und Minderheiten. Genau diese Gruppen sind in den kommunalen Gremien jedoch unterrepräsentiert. Die Anwesenheit der AfD trägt vermutlich in doppelter Weise dazu bei, dass sich die Repräsentationslücke in den kommunalen Gremien in Bezug auf diese Gruppen eher verstärkt. Der Männerüberschuss der AfD-Fraktionen wirkt sich negativ auf die bereits vorhandene geringe Frauenbeteiligung in den kommunalpolitischen Gremien aus. Zudem ist das daran anschließende, dominante und angriffslustige Redeverhalten kontraproduktiv und wirkt womöglich abschreckend auf jüngere Gremienmitglieder.

Durch die AfD- Wahlerfolge wurden einige Menschen in die kommunalpolitische Arbeit gebracht, die vorher nicht dort aktiv waren und über wenig Grundwissen der parlamentarischen Arbeit verfügen. Wie an den vielzähligen Austritten sichtbar wird, kann die AfD diese jedoch in vielen Fällen nicht langfristig binden.

Das Auftreten der AfD in den öffentlichen Sitzungen ist von der Selbstdarstellung der Partei nach außen geprägt. Generell nutzt die AfD demokratisierende Mittel wie die Livestreams der SVVs, aber auch Aktuelle Stunden sowie Anfragen, um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Die hohe Quantität der Beiträge der AfD-Fraktionen wird jedoch begleitet durch eine geringe fachliche und inhaltliche Qualität.

Die fehlenden Kompetenzen der AfD-Abgeordneten, die auch in der Partei selbst thematisiert werden, treten in der kommunalpolitischen Arbeit deutlich zu Tage. Es fehlen ganz praktische Kenntnisse, Lernwille, aber auch soziale und politische Fähigkeiten, Kompromisse einzugehen oder konstruktiv und mit Expert*innen längerfristige Lösungen zu erarbeiten.

Insbesondere das Zurückstecken nach politischen Niederlagen scheint für manche AfD-Abgeordnete schwierig zu sein. Tatsächlich werden die meisten Anträge der AfD aus inhaltlichen Gründen und aufgrund mangelnder „Reife“ der eingebrachten Vorschläge abgelehnt. Im Gegensatz zu dem offensiven Auftreten in den Stadtverordnetenversammlungen, Kreistags- und Gemeinderatssitzungen wird in den Ausschüssen ein eher zurückhaltendes Auftreten der AfD-Abgeordneten beschrieben, das bis hin zu Desinteresse und „Nichtstun“ reiche.

Es ist bisher nicht erkennbar, dass die AfD systematisch daran arbeitet, ihre Abgeordneten zu einer fundierten kommunalpolitischen Arbeit zu qualifizieren. Darum erscheint es fraglich, ob die AfD die Anliegen der Bürger*innen und auch ihrer Anhänger*innenschaft den kommunalen Gremien angemessen vertreten kann. Es geht den AfD-Fraktionen zudem häufig weniger um die Umsetzung von konkreten Ideen als vielmehr um die öffentlichkeitswirksame und polarisierende Ansprache von Themen. Auch in der Themensetzung ist nicht immer Eigeninitiative erkennbar. Vielmehr wird das Vorgehen der anderen Akteur*innen in den kommunalpolitischen Gremien kommentiert und hinterfragt oder es erfolgt lediglich eine Meinungsäußerung.

Autor: J. Cash Hauke

Literatur

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2013): Einleitung. In: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung – bpb, S. 8–14.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander (2015): Wie agiert die „Alternative für Deutschland“ vor Ort? Das Fallbeispiel Brandenburg. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer und Dietmar Molthagen. Bonn: Dietz, S. 146–166.

Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.) (2021): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990–2020. Berlin: Bebra.

Charmaz, Kathy (2014): Constructing Grounded Theory. 2. Aufl., Los Angeles: Sage.

Decker, Frank (2016): Die „Alternative für Deutschland“ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 7–23.

Domann, Valentin/Nuissl, Henning (2022): Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten. In: Mullis, Daniel/Miggelbrink, Judith (Hrsg.): Lokal extrem Rechts. Bielefeld: transcript Verlag, S. 201–218.

Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine (2018): AfD in Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Schwerthelm, Moritz/Schuhmacher, Nils/Zimmermann, Gillian (2020): Die AfD und die Jugend: Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Hauke, J. Cash (2022): Wer ist das Volk? Erinnerungspolitische Leerstellen als Aktionsfeld rechter Ostdeutschlandpolitik. In: Aleksander, Karin/Auga, Ulrike E./Dvorakk, Elisaveta/Heft, Kathleen/Jähnert, Gabriele/Schimkat, Heike (Hrsg.): Feministische Visionen vor und nach 1989: Geschlecht, Medien und Aktivismen in der DDR, BRD und im östlichen Europa. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S 295–314.

Häusler, Alexander (Hrsg.) (2016): Ausblick. In: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 239–245.

Hein, Hannes (2018): Die AfD auf kommunaler Ebene. Eine Analyse der kommunalpolitischen Aktivität der Alternative für Deutschland und deren Wahrnehmung durch andere Fraktionen in kommunalen Gremien. Masterarbeit. Freiburg im Breisgau: Albert-Ludwigs-Universität.

Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg (2016): Ost- und westdeutsche Kommunen zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. In: Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (Hrsg.): Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 7–47.

Holtmann, Everhard/Rademacher, Christian/Reiser, Marion (2017): Einleitung: Zur Bedeutung der kommunalen Politik in Deutschland. In: Kommunalpolitik. Elemente der Politik. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–25.

Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander (2017): Zwischen konservativem Nationalpopulismus und fundamentaloppositioneller Bewegung. Das aktuelle Profil der AfD in Brandenburg. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, S. 79–100.

Kopke, Christoph/Lorenz, Alexander (2016): „Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD“. Die Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg im Frühjahr 2015. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: Springer VS, S. 221–235.

Lorenz, Astrid/Träger, Hendrik (2021): Rechte Parteien im „roten“ Brandenburg. Organisation, Wahlergebnisse und gesellschaftliche Verankerung seit 1990. In: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990–2020. Berlin: Bebra, S. 23–50.

Minkenberg, Michael/Sündermann, Teresa (2021): Das Verhältnis von AfD und rechtsradikalen Bewegungen in Brandenburg. In: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990–2020. Berlin: Bebra, S. 245-269.

Müller, Andrea (2020): CDU, AfD und UBBP ziehen Antrag durch. In: Märkische Allgemeine – Dahme-Kurier, 17.12.2020, S. 15.

Schmidt, Christin (2022a): Boykott im Ordnungsausschuss: Leere Stühle in der Weinberg-Aula. In: Märkische Allgemeine – Westhavelländer, 21.01.2022, S. 13.

Schmidt, Christin (2022b): Streit unter Abgeordneten – Strafanzeigen gegen Daniel Golze. In: Märkische Allgemeine – Westhavelländer, 10.03.2022, S. 14.

Vierkant, Maica (2021): Im Schatten der Mutterpartei. Die NPD Brandenburg zwischen Wahlpartei und Bewegungsdienstleister. In: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990–2020. Berlin: Bebra, S. 113–143.

Vogel, Andreas (2020a): AfD-Fraktion in Neuruppin hat sich aufgelöst. In: Märkische Allgemeine – Ruppiner Tageblatt, 23.06.2020, S. 13.

Vogel, Andreas (2020b): Bürgermeister-Kandidat attackiert die Kliniken. In: Märkische Allgemeine – Ruppiner Tageblatt, 18.09.2020, S. 13.

Wenke, Elinor (2022): Zwei Stadtverordnete weniger. In: Märkische Allgemeine – Luckenwalder Rundschau, 26.01.2022, S. 13.

Onlinequellen

Barnstorf, Philip (2019): AfD-Fraktion im Barnim spaltet sich auf. Rbb24.de, 13.09.19. https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/politik/2019/09/afd-spaltung-im-barnim.html (Zugriff: 16.03.23).

Berndt, Christoph/Springer René (2022): Betrachtungen zur Zukunft der AfD, Gastbeitrag Webseite Sezession. https://sezession.de/65970/betrachtungen-zur-zukunft-der-afd (Zugriff: 16.03.23).

Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (2019): Bürgerwut im Kreistag? Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus 2019 / Ausgabe 5 Potsdam. https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJG_Mitteilungen_2019_01.pdf (Zugriff: 16.03.23).

Brandenburger Landeszentrale für politische Bildung (BLPB) (2020) (Hrsg.): Kommunalpolitik in Brandenburg. Potsdam. https://www.politische-bildung-brandenburg.de/system/files/publikation/pdf/Kommunalpolitik%20in%20Brandenburg_online.pdf (Zugriff: 16.03.23).

Coenen, Ulrich (2019): Jörg Meuthen will über Kommunalpolitik in die Regierungsverantwortung. Badische Neueste Nachrichten, 19.10.2019. https://bnn.de/mittelbaden/buehl/joerg-meuthen-will-ueber-kommunalpolitik-in-die-regierungsverantwortung (Zugriff: 16.03.23).

Eggers, Joachim (2022): AfD-Fraktion im Kreistag verliert drei Mitglieder – wie viele noch übrig sind. MOZ.de, 03.06.2022. https://www.moz.de/lokales/beeskow/politik-in-oder-spree-afd-fraktion-im-kreistag-verliert-drei-mitglieder-_-wie-viele-noch-uebrig-sind-64763255.html (Zugriff: 16.03.23).

Ernst, Amelie (2022): Barnimer Kreistagsfraktion der AfD tritt geschlossen aus Partei aus. RBB24.de, 04.03.22. https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/politik/2022/03/afd-barnim-brandenburg-austritt-fraktion.html (Zugriff: 16.03.23).

Filter, Benjamin (2023): Podcast des Kommunalpolitischen Heimatvereins Brandenburg e.V., Folge 1: Potsdamer Ansichten, veröffentlicht am 23.01.2023. https://khv-bb.de/folge-01-potsdamer-ansichten/ (Zugriff: 16.03.23).

Frank, Elena/Vandamme, Ralf (2017): Was ist eine Kommune? Zur Bedeutung von Kommunalpolitik heute. In: Informationen zur politischen Bildung Nr. 333/2017. https://www.bpb.de/izpb/257291/was-ist-eine-kommune-zur-bedeutung-von-kommunalpolitik-heute?p=all (Zugriff: 16.03.23).

Fröhlich, Alexander (2020): Neuer Partei-Zoff um Genossen in Forst: Weiteren Linke-Lokalpolitikern droht Parteiausschluss wegen Kooperation mit AfD. Tagesspiegel, 27.11.2020. https://www.tagesspiegel.de/berlin/weiteren-linke-lokalpolitikern-droht-parteiausschluss-wegen-kooperation-mit-afd-7690222.html (Zugriff: 16.03.23).

Gnauck, Hannes (2019): Hannes Gnauck (AfD) – Rede in Wollin am 28.07.2019, veröffentlicht am 28.07.2019. https://www.youtube.com/watch?v=_ID3LGsQqTs (Zugriff: 16.03.23).

Gorskih, Anna/Hanneforth, Grit/Nattke, Michael (2016): Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung. https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/06/nattke_parlamentarische_praxis_der_afd_in_den_kommunalparlamenten_sachsens.pdf (Zugriff: 16.03.23).

Hackenbruch, Felix (2020): AfD, NPD und CDU in Velten einig: Keine neuen Wohnungen und bitte keinen S-Bahn-Anschluss. Tagesspiegel, 18.02.2020. https://www.tagesspiegel.de/berlin/keine-neuen-wohnungen-und-bitte-keinen-s-bahn-anschluss-4685215.html (Zugriff: 16.03.23).

Hausding, Mathias (2020): CDU, SPD und AfD – Der Tabubruch von Trebbin. MOZ.de, 17.06.2020. https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/rechtsextremismus-cdu_-spd-und-afd-_-der-tabubruch-von-trebbin-49176838.html (Zugriff: 16.03.23).

Höcke, Björn (2018): Rede von Björn Höcke (AfD) am 20. Januar in der Lutherstadt Eisleben. Aufnahme AfD Sachsen-Anhalt, veröffentlicht am 23. Januar 2018. https://www.youtube.com/watch?v=SjqdFggKRjw (Zugriff: 16.03.23).

Klewes, Joachim/Rauh, Christina/Wazinski, Constantin/Bäcker, Nina-Kristin/Change Centre Consulting GmbH (2022): Kommunalstudie Brandenburg. Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt. Im Auftrag des Ministeriums des Inneren und für Kommunales des Landes Brandenburg. https://mik.brandenburg.de/mik/de/start/service/publikationen/detail/~04-04-2022-studie-praeventive-strategien-zum-schutz-von-kommunalen-amts-und-mandatspersonen-vor-ein (Zugriff: 16.03.23).

KHV (2023): Kommunalpolitischer Heimatverein Brandenburg e.V. https://khv-bb.de/ (Zugriff: 07.03.2023).

Konflikt Podcast (2021): konflikt Podcast #17 – Jean-Pascal Hohm. Podcast des Konflikt Magazin – Folge 17, veröffentlicht am 22.04.2021. https://www.youtube.com/watch?v=v1od1_Dov9Y (Zugriff: 24.01.2023).

Kopke, Christoph/Lorenz-Milord, Alexander (2021): Von der Rechtsabspaltung der CDU zur rechtsextremen „Bewegungspartei". In: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990–2020. Berlin: Bebra, S. 217-244.

Lehmann, Armin (2018): Brandenburg: AfD will sich in der Kommunalpolitik verwurzeln. Tagesspiegel, 14.11.2018. https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/afd-will-sich-in-der-kommunalpolitik-verwurzeln-7844665.html (Zugriff: 08.05.2023).

Leisten, Anna (2023): Gestern bei der Gründungsveranstaltung. https://www.instagram.com/p/CpZ2ouQN1FO/ (Zugriff: 07.03.2023).

Metzner, Thorsten (2019): Brandenburg stellt Zahlungen ein: Keine Förderung mehr für AfD-nahe Stiftung. Tagesspiegel, 19.07.2019. https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/keine-forderung-mehr-fur-afd-nahe-stiftung-7887058.html (Zugriff: 16.03.23).

Müller, Andrea (2021): Gemeindevertreter stimmen AfD-Antrag gegen gendergerechte Sprache in Geschäftsordnung zu. Märkische Allgemeine, 27.06.2021. https://www.maz-online.de/lokales/dahme-spreewald/bestensee/gemeindevertreter-stimmen-afd-antrag-gegen-gendergerechte-sprache-in-geschaeftsordnung-zu-TTEGNMEFEYNLFKF2Y5NIKQYJKY.html (Zugriff: 16.03.23).

Obinger, Sophie/Bonk, Christiane (2022): Frauen Macht Brandenburg. Daten – Fakten – Handlungsempfehlungen zur politischen Teilhabe von Frauen in Brandenburg. Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg (Hrsg.). https://library.fes.de/pdf-files/bueros/brandenburg/18891.pdf (Zugriff: 16.03.23).

Schulze, Christoph (2022): „Corona-Proteste" und die extreme Rechte. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus Potsdam / Ausgabe 10 (Mai) Potsdam. https://www.mmz-potsdam.de/media/24/download/EJG_Mitteilungen_10.pdf (Zugriff: 16.03.23).

Schulze, Christoph (2019): Zur Bündnis- und Demonstrationspolitik der AfD in Brandenburg. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus / Ausgabe 6 (Juni) Potsdam. https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJG_Mitteilungen_2019_02.pdf (Zugriff: 16.03.23).

Schulze, Christoph/Lorenz, Alexander (2017): Die „Junge Alternative" in Brandenburg. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus / Ausgabe 2 (September) Potsdam. https://www.mmz-potsdam.de/files/MMZ-Potsdam/Download-Dokumente/EJGF_Mitteilungen_2017_02.pdf (Zugriff: 16.03.23).

Soos, Oliver (2022): Zwei Fraktionen streiten um den Namen „AfD". Rbb24.de, 21.04.22. https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2022/04/kreistag-dahme-spreewald-streit-fraktionen-alternative-fuer-deutschland-afd.html (Zugriff: 16.03.23).

Springer, René/Berndt, Christoph/Kubitzki, Steffen (2022): Für einen starken AfD-Landesverband Brandenburg. Rene-Springer.Info. http://rene-springer.info/wp-content/uploads/2022/04/Fuer_eine_starke_AfD_Brandenburg.pdf (Zugriff: 16.03.23).